

Die mediale Rezeption der Operation Luxor. Eine Analyse von Printmedien und digitalen Nachrichtendiensten im ersten Monat

Fatma Firat

Hinführung

Ein politisches und mediales Erdbeben erreichte Österreich, kurz nachdem das Land am 3. November 2020 bereits von einem Anschlag in Wien heimgesucht worden war. Der damalige Innenminister und nunmehrige Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) informierte die Öffentlichkeit über eine der größten Polizeioperationen der Zweiten Republik. Auf einer Pressekonferenz mit dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Franz Ruf, und auf seinem Twitter-Account ließ der Innenminister verlautbaren, dass ein »entscheidender Schlag« gegen »den Nährboden des Extremismus« und »die Muslimbrüder und gegen die Hamas in Österreich« ausgeführt worden sei (Nehammer 2020).

Eine Woche nach dem Anschlag in Wien waren 930 PolizistInnen an der Operation Luxor gegen etwa 70 Verdächtige beteiligt: 60 Hausdurchsuchungen fanden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Graz in ganz Österreich statt und schon bald gingen Bilder von verummten PolizistInnen, schwer bewaffneten Cobra-Beamten und einem nachdenklich wirkenden Nehammer, der von einer großen Leinwand aus das Geschehen beobachtete, durch die Medien.¹

Obwohl die Operation Luxor lange vorher geplant war, wurde diese jedoch gewollt oder ungewollt in die Nähe des Anschlags gerückt, da die Hausdurchsuchungen nur wenige Tage nach dem Anschlag in Wien stattfanden und zudem medial stark inszeniert wurden: Mehrfach wurde nahegelegt, dass durch die hohe und kostspielige Konzentration auf die Operation Luxor den Behörden die notwendigen Ressourcen gefehlt haben könnten, um den amtsbekannten und vorbestraften Wiener

1 Vor allem Letzteres erinnert an Aufnahmen, die man hierzulande allenfalls aus dem Situation Room des Weißen Hauses kennt, wie z.B. der damalige US-Präsident Barack Obama und weitere Personen die Tötung des langjährigen Erzfeindes der USA, Osama bin Laden, live mitverfolgen.

Attentäter K. F. trotz Hinweisen zahlreicher inner- und außereuropäischer Geheimdienste zu observieren (Zerbes et al. 2021).

Dass das türkis-gefärbte Innenministerium Ressourcen auch für die Kommunikation mit den Medien und JournalistInnen aufbrachte und wie minutiös diese geplant war, zeigt sich vor allem aber an einem Hintergrundgespräch, zu dem Innenminister Nehammer die ChefredakteurInnen und Medienmacher kurz nach den Razzien einlud. Manche Zeitungen erhielten den Durchsuchungsbefehl zur Operation Luxor kurz danach. Es galt, wie üblich unter der Regierung Kurz, Message-Control so gut wie möglich auszuüben.

Vorspann: Die Kommunikation der Regierung

Im Folgenden wird die Kommunikation des Innenministeriums über die Operation Luxor dargestellt. Den Ton angeben und die Medien maßgeblich informiert hat die Pressekonferenz des damaligen Innenministers Nehammer gemeinsam mit dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Franz Ruf. Ebenso haben beide Regierungsparteien – die Operation wurde zwar schon unter Türkis-Blau geplant, wurde jedoch erst unter Türkis-Grün durchgeführt – am 09.11.2020 jeweils eine Presseaussendung veröffentlicht.

Die erste Presseaussendung stammt von der ÖVP-Bundesparteileitung. Darin betont der Generalsekretär der Partei, Axel Melchior, zunächst sehr allgemein, dass der Innenminister »entschieden gegen den politischen Islam in Österreich [vor]geht.« (ÖVP 2020) Melchior setzt dabei die Razzien um die Operation Luxor eindeutig in den Zusammenhang mit dem Anschlag in Wien, der eine Woche zuvor stattfand: »Nach der raschen Aushebung des Netzwerks rund um den Attentäter von vergangenem Montag ist mit der heutigen Razzia [...] der nächste Schlag gegen den politischen Islam in Österreich gelungen.« (ÖVP 2020) Sowohl die Gründe für den Anschlag als auch für die Razzien seien demnach auf den »politischen Islam« zurückzuführen. Die ÖVP betont in ihrer Presseaussendung, dass der Innenminister Nehammer »entschieden« und »konsequent« gegen extremistische Gruppierungen vorgehen würde, im Falle der Operation Luxor sogar konkret gegen »Mitglieder und Unterstützer der Muslimbruderschaft und der Terrororganisation Hamas« (ÖVP 2020). Im zweiten und letzten Absatz der ÖVP-Aussendung findet sich noch eine Kritik an dem Vorgänger Nehammers, Herbert Kickl, sowie der FPÖ.

Die nächste Pressemitteilung wurde etwas später vom Regierungspartner, dem Grünen Parlamentsklub, ausgeschiedt (Grüne 2020). Darin kommt der Sicherheitssprecher der Grünen, Georg Bürstmayr, zu Wort. Die Klarstellungen Nehammers werden zwar begrüßt, jedoch unterscheidet sich die Aussendung des Grünen Klubs grundlegend von jener der ÖVP-Parteileitung. Man betont einerseits, jahrelang vor »radikal-islamistische[n] Gruppierungen und ihre[n] Aktivitäten« gewarnt zu ha-

ben, und befürwortet die »durchgeführten Aktionen gegen augenscheinlich extremistische Einrichtungen und Vereine«. Andererseits werden aber drei Aspekte betont:

1. Der »entschlossene« Kampf gegen extremistische Gruppen, die die Grundrechte und Grundwerte der demokratischen Republik in Frage stellen, sei mit rechtstaatlichen Mitteln geführt worden.
2. Folglich betont Bürstmayr daher auch, dass »selbstverständlich« für »alle Betroffenen die Unschuldsvermutung« und das »Recht auf faire[s] Verfahren« gelte.
3. Während Bürstmayr die Klarstellung Nehammers begrüßt, wird darauf verwiesen, dass die Operation »keinesfalls zu einem Generalverdacht gegen Muslim*innen in Österreich« führen dürfe und dass die Aktion allenfalls auch zum Schutz der »überwältigenden Mehrheit von Muslim*innen«, die die Grundwerte des Staates anerkennen und in Frieden leben, diene. (Grüne 2020)

Stellt man die Presseaussendungen beider Regierungsparteien gegenüber, zeigen sich grundlegende Unterschiede: Die Mitteilung der ÖVP-Bundesparteileitung setzt die Razzien nicht nur in die Nähe des Wiener Attentats, sondern kann sogar so gelesen werden, dass die Hausdurchsuchungen als eine Reaktion auf den Anschlag zu verstehen sind (»nächster Schlag gegen den politischen Islam«, ÖVP 2020). Der ÖVP-Generalsekretär Melchior spricht über die Beschuldigten der Operation auch als »Mitglieder und Unterstützer der Muslimbruderschaft und der Terrororganisation Hamas« (ÖVP 2020). In der Mitteilung des Grünen Parlamentsklubs hingegen wird auf den Anschlag in Wien gar nicht Bezug genommen; vielmehr findet eine allgemeine Einleitung zu »augenscheinlich extremistischen Einrichtungen und Vereinen« statt, auf die die Grünen jahrelang schon hinweisen würden (Grüne 2020). Auch spricht der Sicherheitssprecher der Grünen – im Gegensatz zu Melchior – nicht von »Mitgliedern und Unterstützern« der Muslimbruderschaft und Hamas, sondern von Betroffenen, für die »selbstverständlich« die Unschuldsvermutung gelte und die auch das Recht auf ein faires Verfahren hätten. Die Presseaussendung der Grünen spricht damit auch von grundlegenden Rechten der Betroffenen. Weshalb die Grünen trotz dieser Reflexionsfähigkeit die Operation des Innenministers Karl Nehammer (ÖVP) begrüßten und erst am Rande einer Pressemitteilung vom 16. Februar 2022 zum Verfassungsschutzbericht 2020 kritisierten (Grüne 2022), könnte Thema einer weiteren interessanten Abhandlung über die Rolle und das Verhalten des Juniorpartners in der Koalitionsregierung zum tagespolitischen Geschehen in Österreich sein, auf die an dieser Stelle jedoch nicht weiter eingegangen wird.

Zusätzlich zu den beiden Presseaussendungen fand am Nachmittag während den Hausdurchsuchungen noch eine Pressekonferenz statt. Dabei bezogen Neham-

mer (ÖVP) und Ruf Stellung zu den Razzien. Das Wort ergriff zuerst der Innenminister, der nun, eindeutiger als in der Presseaussendung seiner Partei, nicht nur einen Zusammenhang zum Attentat in Wien herstellte, sondern auch die Beschuldigten der Operation Luxor als »Hintermänner« der Tat bezeichnete:

»Wir führen derzeit einen Kampf an zwei Fronten. Auf der einen Seite klären wir das unmittelbare Umfeld des Attentäters auf, um die Tat vollständig aufzuklären. Und auf der anderen Seite führen wir den Kampf gegen die Hintermänner, gegen die Hasssäuer, gegen die Ideologie des politischen Islams und die Financier von Radikalisierung und Terrorismus, damit derartige Taten in Zukunft möglichst zu verhindern sind.« (Nehammer, zit.n. BMI 2020)

Nehammer betonte, dass ein entscheidender Schlag gegen die Muslimbruderschaft sowie die Hamas mit dem Ziel, die »Wurzeln des politischen Islam, der zur Radikalisierung und Hass und Intoleranz führt, zu bekämpfen«, ausgeführt worden sei (Nehammer, zit.n. BMI 2020). Er – und später auch noch einmal Ruf – zählte die strafrechtlichen Beschuldigungen der Operation auf: »Terroristische Vereinigungen«, »Terrorismusfinanzierung«, »staatsfeindliche Verbindungen«, »kriminelle Organisation« und »Geldwäscherei«.

Mehr als 930 PolizistInnen gingen, so Nehammer, im Auftrag der Grazer Staatsanwaltschaft gegen 70 Beschuldigte vor. Zu Hausdurchsuchungen kam es in den Bundesländern Steiermark, Kärnten, Wien und Niederösterreich, wobei diese zum Zeitpunkt der Pressekonferenz noch nicht abgeschlossen waren. Bei 30 Beschuldigten wurde eine sofortige Vernehmung angeordnet. Federführend bei den »intensiven und langwierigen Ermittlungen« war der Landesverfassungsschutz Steiermark in Zusammenarbeit mit den Justizbehörden und vor allem die Staatsanwaltschaft Graz.

Nach diesen kurzen Fakten zu den Hausdurchsuchungen legte Nehammer auch eine Darstellung zur Muslimbruderschaft und der Hamas vor: Die Muslimbruderschaft sei der prominenteste Akteur des politischen Islam. Sie stelle sich klar gegen »Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und die Trennung von Religion und Staat« (Nehammer, zit.n. BMI 2020). Die Spuren der Muslimbruderschaft seien in Österreich schon lange sichtbar gewesen, weshalb eine klare Nachschau notwendig gewesen sei:

»Dieses zutiefst antidemokratische und auch gefährliche Verhalten galt es jetzt mit diesem Schlag zumindest zu unterbinden und zu beeinträchtigen. Die Muslimbruderschaft hat das Ziel eine systematische, eine langgeplante Islamisierung durchzuführen. Sie versucht damit auch dann, in ihrer Zielsetzung am Ende, die Demokratie auszuhebeln, die Scharia einzuführen und Grund- und Freiheitsrechte, die uns lieb und teuer geworden sind, besonders in der 2. Republik, zu bekämpfen. Seit den 60iger Jahren wird das versucht in Europa, in Österreich und durch

die Veränderung der Zeit ist es der Muslimbruderschaft gelungen immer stärkere und offensichtlich auch tiefgehende Netzwerke zu bilden.« (Nehammer, zit.n. BMI 2020)

Mit diesen Thesen einer geheimen Unterwanderung durch den Islam und die MuslimInnen, die die westlichen Demokratien aushebeln und die Scharia einführen möchten, reiht sich Nehammer in eine lange Liste von islamfeindlichen AkteurInnen, die in ihrem konspirativen Denken eine islamische Weltverschwörung in Europa und dem Westen vermuten, ein (Hafez 2021). Wenig verwunderlich und typisch für solche Aussagen ist auch, dass ein »wir« konstruiert wird, das es zu verteidigen gilt: »Grund- und Freiheitsrechte, die uns lieb und teuer geworden sind, besonders in der 2. Republik« (Nehammer, zit.n. BMI 2020).

Nehammer führt weiter aus, dass es aber auch die MuslimInnen seien, die man vor der Muslimbruderschaft schützen müsse:

»Und das besonders bedrückende ist, dass diese Netzwerke auch das Ziel haben, die hier in Österreich lebenden Muslime unter Druck zu setzen. Genau deshalb ist dieser Kampf so wichtig. Und ein Seitenarm, ein dramatisch gefährlicher Seitenarm, ist die Hamas: Sie steht im Zeichen des Antisemitismus und des Kampfes und des Terrorismus gegen Israel. Auch bei den Muslimbrüdern sind ganz klar antisemitische Tendenzen ablesbar. [...]

Unser Auftrag ist es, dass [...] allen Menschen, die in Österreich leben, besonders auch den Muslimen, dass wir sie vor den radikalen Extremisten schützen, die Gift in unsere Gesellschaft säen, die bewusst die Gesellschaft gegeneinander ausspielen wollen und die bewusst, in Kauf nehmen, dass es eine Zerrüttung in der Gesellschaft gibt, die Hass sät und dann wiederum zu Gewalt führt.« (Nehammer, zit.n. BMI 2020)

Wie genau die Muslimbruderschaft versuche, andere MuslimInnen unter Druck zu setzen oder eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft zu bewirken, wird in Nehammers Ansprache nicht genauer erläutert. Dass liberale MuslimInnen von politisch aktiven bzw. gängige Religionspraxis ausübenden MuslimInnen geschützt werden müssten, ist ebenso ein Topos, der oft als Argument aufgegriffen wird. Der Topos des Retters und Beschützers findet in islamfeindlichen Diskursen vor allem in Kopftuch-Debatten durch PolitikerInnen oder JournalistInnen Anwendung (Hafez 2012).

Nach Nehammer (ÖVP) wandte sich Ruf noch kurz an die Presse. Er ging vor allem auf weitere Details der Operation ein. Bei den Ermittlungen hätten etliche Bundes- und Landesämter sowie Sondereinheiten, wie z.B. Flugpolizei, sprengstoffkundige Organe sowie Bargeldspürhunde, »bei mehr als 60 Hausdurchsuchungen, die gerichtlich angeordnet wurden, in Wohnungen, Firmen, Vereinen, Stiftungen und Moscheenvereine, denen die Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft bzw. Hamas nachgewiesen werden konnte« (Ruf, zit.n. BMI 2020), mitgewirkt: »Betroffen

sind – wie angesprochen – mehr wie 70 Beschuldigte, die eine kriminelle Struktur zur Verschleierung von Vermögen und Vermögenswerten, die zur Unterstützung einer terroristischen Vereinigung dienen, errichtet haben.« (Ruf, zit.n. BMI 2020) Nach seiner kurzen Ansprache hatten JournalistInnen noch Zeit, um Fragen zu stellen. Die Antwort auf zwei Fragen eines Journalisten des Österreichischen Rundfunks (ORF) seien an dieser Stelle hervorgehoben:

1. Der Journalist wollte wissen, ob man bei »beträchtlichen Vermögenswerten« von Millionen von Euros spreche und wenn ja, von wie vielen. Ruf antwortete, dass erst ein Drittel der Hausdurchsuchungen abgeschlossen seien, aber bereits höhere Summen an Bargeld bereitgestellt worden seien: »Und ja, es handelt sich um Millionenbeträge. Nähere Auskunft dazu wird die Staatsanwaltschaft Graz geben« (Ruf, zit.n. BMI 2020). Dies ist insofern interessant, als diese Aussage von den Medien aufgegriffen wurde und sich erst im ersten kritischen Zeit im Bild-Beitrag ein Monat nach der Razzia als unwahr erwies und von der Staatsanwaltschaft Graz viel später mit den Worten »[...] das kommentieren wir gar nicht, diese Zahl stammte niemals von uns« (Staatsanwaltschaft Graz, zit.n. ZIB 1 2020) widerrufen wurde.
2. Derselbe Journalist wollte vom Innenminister wissen, warum, wenn man bereits seit den 1960er Jahren von der Gefahr, die von der Hamas und den Muslimbrüdern ausgehe, wisse, sie nicht schon vorher verboten wurden. Die Frage bleibt weitgehend unbeantwortet: »Der militärische Arm der Hamas ist verboten in Österreich, deshalb war es uns auch möglich, diese Ermittlungen so intensiv zu führen.« (Nehammer, zit.n. BMI 2020) Der Schlag gegen die Muslimbruderschaft und Hamas hätten aber gezeigt, wie komplex die Ermittlungen seien: »Die Muslimbrüder sind eine Organisation, die es perfekt versteht, zivile Gesellschaftsstrukturen zu unterwandern. Tritt nicht in klassischer, brutaler Rhetorik, die man kennt von den Radikalisierten in Erscheinung, sondern versucht das über andere Wege. Und das macht sie so gefährlich und das macht sie auch so aufwendig im Detail sie zu bekämpfen.«² (Nehammer, zit.n. BMI 2020)

An einer anderen Stelle fragt ein Journalist über die Arbeit »dieser kriminellen Machenschaften« und »wie Einnahmen lukriert und ins Ausland transferiert« worden wären. Diese Frage bleibt ebenso unbeantwortet. Vielmehr zählt Ruf die Tatbestände auf, die Nehammer bereits zu Beginn der Pressekonferenz genannt hatte: Es ge-

-
- 2 Hier bedient sich Nehammer übrigens wieder einer typischen islamfeindlichen Verschwörungstheorie: Jene, die versuchen, die Gesellschaft zu unterwandern, würden das auf keine »klassisch« barbarische Art und Weise machen, die sie sofort enttarnen würde. Vielmehr verschleiern sie ihre Art und Absichten, was dem bekannten Topos der Taqqiya zugeordnet werden kann.

be umfassendes Datenmaterial, wobei es bestimmt längere Zeit dauern würde, bis dieses ausgewertet werde. (Ruf, zit. n. BMI 2020)

Die Pressekonferenz von Nehammer und Ruf ist als eine erste Ansprache an die Öffentlichkeit zu sehen. Auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Operation und dem Attentat nahm der Innenminister eine sehr widersprüchliche Rhetorik ein. Er selbst brachte die Operation Luxor immer wieder in Zusammenhang mit dem Attentat in Wien und bezeichnete die Verdächtigen gar als Hintermänner »derartiger Taten«, sodass immer wieder der Anschein erweckt wurde, dass seitens der ErmittlerInnen eine Verbindung zum Attentäter vermutet wurde³ und die Operation deshalb geführt worden war. Dies war erst eindeutig ausschließbar, als ein Journalist des News-Magazins fragte, ob es einen konkreten Zusammenhang gäbe, was von Nehammer verneint wurde. Obwohl Nehammer behauptete, dass die Mitgliedschaft zu einer Terrororganisation »erwiesen worden sei«, und diese Mitglieder als »Financiers« des Terrorismus und der Radikalisierung bezeichnete, blieb die beispielhafte Aufzählung einer konkreten Tat aus. Weitere Details sollten laut Ruf von der Staatsanwaltschaft Graz kommen.

Die Rolle der Medien

Wenig verwunderlich, fand die oben dargelegte Pressekonferenz des Innenministers angesichts der Größe der Operation Luxor und der Tatsache, dass eine Woche davor erstmals in den 2000er Jahren ein Anschlag auf österreichischem Territorium verübt wurde, große Aufmerksamkeit. Dieser Artikel grenzt das Datenmaterial der Untersuchung der medialen Abbildung und Darstellung der Operation Luxor auf den ersten Monat ein. Es wird der Frage nachgegangen, wie die untersuchten Medien *Der Standard*, *Die Presse*, *Heute*, *Kleine Zeitung*, *Kronen Zeitung*, *Kurier*, *Oberösterreichisches Volksblatt*, *Österreich/oe24*, *ORF.at*, *Puls24*, *Salzburger Nachrichten*, *Wiener Zeitung* sowie zwei Interviews und eine Analyse aus dem *profil* und dem *Falter* die Kommunikation der Regierung thematisiert haben. Im Folgenden werden die Topoi herausgearbeitet, derer sich die Artikel zur Berichterstattung zur Operation Luxor bedienen. Methodisch greife ich auf die Kritische Diskursanalyse nach Reisigl und Wodak (2015) zurück. Ich identifiziere in meiner Untersuchung Topoi, die als Teil von Argumentationen zu verstehen sind, die dazu dienen, Wahrheitsansprüche und Forderungen nach normativer Richtigkeit zu rechtfertigen oder zu hinterfragen (Reisigl/Wodak 2015: 35) und welche als Übergang von Argument zur Conclusio dienen (Kienpointner 1992, zit. n. Reisigl/Wodak 2015: 35). Dabei kann empirisch auf bereits herausgearbeitete Topoi in rechtspopulistischen Diskursen (Reisigl

3 So zählte der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit auch auf, dass »sprengstoffkundige« Spezialeinheiten an den Hausdurchsuchungen beteiligt waren.

2014: 78–79; Wodak 2019: 15) zurückgegriffen werden. Es werden aber auch neue Topoi herausgearbeitet, um die Argumentationen der Regierung zur Legitimation der Operation Luxor aufzuzeigen. Im Fokus steht daher die mediale Rezeption. Es wird danach gefragt, ob die Topoi der Bundesregierung von den Medien übernommen oder kritisch hinterfragt wurden.

Artikel über die Operation Luxor

Topos der Gefahr/Bedrohungstopos

Nehammer stellt die Verdächtigen als nachweisliche Mitglieder von gefährlichen und militanten Terrororganisationen dar. Er bezeichnet sie aber auch als »Hintermänner« des Terroranschlags in Wien, bei dem vier Menschen ihr Leben verloren⁴. Auf Anfrage eines Journalisten bei der Pressekonferenz wird aber klar, dass Nehammer diese eher als Hintermänner im Geiste sieht: Denn sie würden versuchen die Demokratie auszuhebeln und eine Gefahr für die Grund- und Freiheitsrechte darstellen. Welche Gefahren vom Innenminister, Generaldirektor oder der Staatsanwaltschaft konkret genannt und wie sie von den Medien rezipiert wurden, zeigen die folgenden Topoi auf:

Topos des Terrorismus

Der Topos des Terrorismus und der extremistischen Netzwerke gilt als Hauptargument für die Hausdurchsuchungen bei den Beschuldigten. Dieser Topos ist unabdingbar geknüpft an die Behauptung, dass es sich bei der Muslimbruderschaft um eine extremistische und radikal-islamistische Organisation handeln würde. Um diese Meinung zu bekräftigen, wird die Hamas, die von manchen Institutionen der Europäischen Union tatsächlich als Terrororganisation eingestuft wird, miteinbezogen, indem sie als »Seitenarm der Muslimbruderschaft« dargestellt wird. Hat die Regierung diese Meinung geäußert, kann sie vor dem Hintergrund des Anschlags in Wien die Forderung stellen, konsequent gegen Vereinigungen und Personen im Inland vorzugehen, die Terrorismus und Gewalt unterstützen. Weil den Beschuldigten nun der konkrete Verdacht des Terrorismus vorgeworfen wird, wird dieser Topos auch so benannt.

Im Folgenden seien einige Beispiele dafür aufgezählt, wie dieser Topos in den Medien rezipiert wurde. Um Topoi abgeschwächt wiederzugeben, können im Deut-

4 Zuvor brachte sein Vorgänger, Herbert Kickl (FPÖ), die Operation, die damals noch unter dem Namen Operation Ramses lief, eindeutig in Verbindung mit dem Terroranschlag.

schen unterschiedliche sprachliche Realisierungsformen eingesetzt werden, z.B. Konjunktivkonstruktionen (siehe u.a. Wodak 2019: 10–11).⁵

Ungeachtet der sprachlichen Realisierungsformen findet der Topos des Terrorismus in allen Artikeln gleichermaßen Eingang. Es lässt sich auch beobachten, wie trotz des Fehlens von neuen Informationen oder eines neuen Ermittlungsstandes der Topos des Terrorismus immer wieder erwähnt und dadurch neu rezipiert wird. So wird immer wieder darauf hingewiesen, dass »der Verdacht der terroristischen Vereinigung, der Terrorismusfinanzierung [...]« bestehe (Lorenz/Müller/Scherndl 2020). Dieser Topos ist sowohl im Boulevard (Heute 2020a) als auch in Qualitätsmedien aufzufinden.

»Anstoß der Razzia war der Verdacht der Terrorfinanzierung, der terroristischen Vereinigung, staatsfeindlicher Verbindungen und der Gründung einer kriminellen Organisation. Auch wegen Geldwäsche wird ermittelt.« (Der Standard 2020)

Topoi können durch sprachliche Realisierungsformen verstärkt werden, wie im Fall der *Heute*-Zeitung durch Verwendung des Funktionsverbgefüges »zum Schlag aus-holen«; die Tageszeitung *Kurier* arbeitet auch mit Fettdruck, um besondere Hervorhebungen vorzunehmen:

»In den frühen Morgenstunden des Montag holten die Behörden zum Schlag gegen die Strukturen der Muslimbruderschaft in Österreich aus.« (Heute 2020b)

»Es besteht der Verdacht der terroristischen Vereinigung der terroristischen Vereinigung, der **Terrorismusfinanzierung**, der staatsfeindlichen Verbindungen, der kriminellen Organisation und der **Geldwäscherei**.« (Rombold 2020a)

An zwei aufeinanderfolgenden Tagen veröffentlichte *puls24* auch zwei Artikel mit der gleichnamigen untergeordneten Überschrift »So gefährlich ist die Muslimbruderschaft in Österreich« und verwies auf ein Interview mit dem Rechtswissenschaftler Nicolas Stockhammer, der wiederum in einem Naheverhältnis zum Beamtenapparat der Inneren Sicherheit steht (Hafez 2022: 85–86). Denselben interviewte auch *oe24* und veröffentlichte am 09.11.2020 den Artikel »Was ist die Muslimbruderschaft« und bebilderte diesen zusätzlich mit Kufiya-vermummten Männern, die teilweise einen unleserlichen arabischen Schriftzug darüber tragen:

5 Für mehr Informationen siehe Wodak 2019, 10–11. Man vergleiche zum Beispiel die Schlagzeilen »Razzia gegen angebliche Muslimbrüder« (Marchart 2020) vs. »Razzien gegen Muslimbruderschaft« (Rombold 2020a) vs. »Polizei-Schlag gegen Terror« (Kronen Zeitung 2020).

 **POLITIK-LIVE**

AKTUELL PARTEIEN AFFÄREN REGIERUNG MEINUNGEN

SONDERTHEMA: XXXLUTZ UNSERE TIERE GLÜCKSMOMENTE NACHHALTIGES ÖSTERREICH VERGLEICH SM

INLAND > POLITIK | 09. NOVEMBER 2020 | 09:50 UHR




©Getty

POLITIK

Was ist die Muslimbruderschaft?

    Artikel teilen

Kommentare: 0 

Ihr Hauptziel ist es in allen Ländern der Erde einen islamischen Staat (Kalifat) auf Grundlage islamischen Rechts (Scharia) einzuführen.

Abb. 1: oe24 2020a

Topos der Gefahr für westliche Werte

Ein in islamfeindlichen Kreisen bekannter Topos ist jener der Gefahr für westliche Werte: Islamistischer Terror wird als besonders gefährlich dargestellt, weil er nicht nur für Gewalt stünde, sondern weil dessen Proponenten unterstellt wird, die Demokratie aushebeln und ein Kalifat sowie die Scharia einführen zu wollen. Als Grundpfeiler für westliche Werte gilt in diesem Topos auch die Gleichstellung von Mann und Frau.

»Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich bei der Muslimbruderschaft um eine weltweit agierende, radikal-islamistische, massiv judenfeindliche Vereinigung, deren Hauptziel es ist, in allen Ländern der Erde einen islamischen Staat

(Kalifat) auf Grundlage islamischen Rechts (Scharia) einzuführen.« (Heute 2020a, 09.11.2020)

»Das Hauptziel der Muslimbrüder sei die Errichtung eines Kalifats nach den Grundlagen der Scharia, des islamischen Rechts.« (Rombold 2020a)

»Die Ziele der Vereinigung »sind mit den Grundprinzipien der Verfassung der Republik Österreich und der österreichischen Gesellschaft sowie allgemein mit dem westlichen Demokratieverständnis von Koexistenz, Gleichstellung von Männern und Frauen und politischer Ordnung nicht kompatibel.« (Rombold 2020a)

Topos der Gefahr für liberale MuslimInnen

Der Topos der Gefahr für liberale MuslimInnen ist im islamfeindlichen Diskurs häufig anzutreffen: MuslimInnen, die von den Medien als liberal bezeichnet werden, werden von als »nicht-liberal« geltenden MuslimInnen gefährdet dargestellt. Liberale MuslimInnen sprechen sich in Islam-Debatten medial und öffentlich meist gegen die muslimische Lebenspraxis, wie z.B. das Tragen des Kopftuchs bei Frauen oder das Fasten im Ramadan, aus, kriminalisieren diese und stützen die Meinung von (meist rechten) PolitikerInnen und Meinungsmachern, die über Verbote von gängigen religiösen Praktiken nachdenken oder diese billigen (z.B. Knauer 2019; Hager 2018). Ein Kennzeichen dieses Topos ist auch die Kritik an der politischen Linken: Aus Angst, als islamfeindlich bezeichnet zu werden, oder weil sie durch Islamisten/Extremisten getäuscht worden wären (siehe Topos der Taqqiya), hätten sie den Angriff auf liberale MuslimInnen durch »nicht-liberale« MuslimInnen und Islamisten ermöglicht.

Gleich zwei Beiträge von Christa Zöchling wurden im *profil* vom 22.11.2020 veröffentlicht. Dabei handelt es sich um ein Interview mit dem staatsnahe auftretenden Theologen Mouhanad Khorchide, in dem er zur Operation Luxor befragt wird, sowie um einen Artikel unter dem Titel »Allein gelassen«, in dem kritisiert wird, dass sich sehr oft PolitikerInnen nicht für deren Sicherheit eingesetzt hätten. Der sich selbst als liberal darstellende Khorchide schreibt:

»Für liberale Muslime ist es schwierig, in diesen Debatten nicht zerrieben, vor allem aber, gehört zu werden. Die Ansicht, man solle die Muslimbrüder in Schutz nehmen, weil sonst alle Muslime in Verdacht geraten, ist weit verbreitet. Viele gutwillige und engagierte Menschen sind hereingefallen auf die Strategie des politischen Islam. Sie stellen sich vor diese Vertreter, weil Muslime als solche ja wirklich diskriminiert und von rechten Parteien pauschal diffamiert werden. Anhänger des politischen Islam sind allerdings die muslimischen Rechten, das sind unsere Identitären, die absurderweise gerade bei linken Nichtmuslimen Unterstützung finden.« (Khorchide, zit.n. Zöchling 2020a)

»Vertreter des politischen Islam und ihre Sympathisanten haben es geschafft, mit dem Verweis auf die Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft gerade von linken Politikern geschützt zu werden. Im intellektuellen Lager wirkt der Opfer-Diskurs.« (Khorchide, zit.n. Zöchling 2020a)

»Liberale Muslime wie Mouhanad Khorchide und Ednan Aslan werden zerrieben zwischen rechten Islamhetzern und linken Identitätspolitikern.« (Zöchling 2020b)

Der Topos der Gefahr für liberale Muslime, in dem vor allem linke Politiker meist der »Naivität« oder Angst (als islamfeindlich oder rassistisch zu gelten) bezichtigt werden, tritt meist in Kombination mit dem Topos der Taqqiya auf:

»In Europa versucht der politische Islam die Demokratie mit demokratischen Mitteln zu unterwandern. Er verengt Grundprinzipien des Staates, schafft Parallelgesellschaften, schüchtert Kritiker ein und diffamiert sie als Rassisten«, sagt Mansour. Die Muslimbrüder in Deutschland seien stark im akademischen Milieu und Politiker oft »sehr naïv«.« (Mansour, zit.n. Zöchling 2020b)

Topos der Gefahr für Israel

Der Topos der Gefahr für Israel behauptet eine antisemitische Einstellung und setzt Israel mit dem Jüdischen gleich. Hinzu kommt, dass die türkische ÖVP, ähnlich wie viele konservative oder rechte Parteien in Europa (Hafez 2014), besonders freundschaftliche Beziehungen zu Israel pflegt. Innenminister Nehammer (ÖVP) argumentierte in der Pressekonferenz – diese und auch die Hausdurchsuchungen fanden am Tag der Novemberpogrome statt – auch mit der historischen Verantwortung gegenüber jüdischen BürgerInnen. Der Topos der Gefahr für Israel und des Antisemitismus wurde – meist gemeinsam mit dem Topos des Terrorismus – folgendermaßen rezipiert. Hier einige Beispiele:

»Ein dramatisch gefährlicher Seitenarm ist die Hamas«, ihr gehe es um Antisemitismus und dem Kampf gegen Israel. »Heute vor 82 Jahren gedenken wir den schrecklichen Novemberpogromen«, erklärte Nehammer. Deshalb müsse man heute alles tun, »damit sich das nicht mehr wiederholt«. (Rombold/Traar 2020)

»Ein dramatisch gefährlicher Seitenarm ist die Hamas«, ihr gehe es um Antisemitismus und dem Kampf gegen Israel. »Heute vor 82 Jahren gedenken wir den schrecklichen Novemberpogromen«, erklärte Nehammer. Deshalb müsse man heute alles tun, »damit sich das nicht mehr wiederholt«.« (Rombold/Traar 2020)

»Teile der Muslimbruderschaft in Österreich würde die palästinensische Terrororganisation Hamas unterstützen, die 1987 aus einem Zweig der Muslimbrüder

hervorgegangen ist. Die Hamas hat die Zerstörung des Staates Israels zum Ziel.« (Rombold 2020a)

»Ziel der Hamas ist die Zerstörung des Staates Israel und die Gründung eines islamischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt. Diese Strategie der Hamas ist somit als Teil der Gesamt-Strategie der Muslimbruderschaft zu sehen.« (Kronen Zeitung 2020; oe24 2020b)

Topos der Gefahr durch die IGGÖ

Beim Topos der Gefahr durch die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ), die nach der katholischen Kirche die größte Religionsgemeinschaft ist, werden Personen, die innerhalb der IGGÖ repräsentative Funktionen innehaben, als vermeintliche Mitglieder der Muslimbruderschaft dargestellt oder verdächtig, solche zu sein. Dabei wird die offizielle religionsgesellschaftliche Vertretung der MuslimInnen im Lande als von radikalen Islamisten und gefährlichen Extremisten durchwanderte Religionsgemeinschaft dargestellt (Der Standard 2020; Thalhammer/Kocina/Seeh 2020; puls24 2020)⁶:

»Unter den Stiftungen befindet sich laut dem Bericht auch eine Privat-Stiftung eines ehemaligen Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGÖ). Zudem habe es auch Durchsuchungen bei einem Ex-IGGÖ-Kulturreferenten, einem Investor mit Beteiligungen an 70 Start-Ups in Österreich und einem Politologen mit Islam-Schwerpunkt gegeben.« (Heute 2020b)

In den *Salzburger Nachrichten* wird der Topos der Gefahr durch die IGGÖ in Verbindung mit dem Topos der Autorität untermauert und die körperschaftliche Vertretung der MuslimInnen als von radikalen Islamisten unterwandert dargestellt:

»Einer, der stets vor den Einflüssen der Muslimbrüder gewarnt hat, ist Ednan Aslan, Professor für Islamische Religionspädagogik an der Uni Wien. Dass nun prominente Mitglieder der IGGÖ im Visier der Polizei sind, wundert ihn nicht.« (Zimmermann/Stoiber 2020)

In einem weiteren die Regierungsmeinung aufgreifenden Artikel wird auch Ednan Aslan (Bridge Initiative Team 2022) zitiert. Darin nimmt Aslan über Lehrkräfte an der IGGÖ-Einrichtung IRPA (Religionspädagogische Ausbildung für Islamlehrer im

6 Die Rolle der IGGÖ und wie diese mit diesen Anschuldigungen umgegangen ist, könnte Thema für eine weitere Auseinandersetzung sein, würde aber den Rahmen des vorliegenden Artikels sprengen. Wichtig erscheint dennoch die Tatsache, dass sich die IGGÖ selbst nach den Freisprüchen nicht hinter ihre damaligen Funktionäre gestellt oder sich gar kritisch zur Operation geäußert hat.

Pflichtschulbereich) eine Position ein, die stark an die »Hintermänner-Saga« von Nehammer während der Pressekonferenz erinnert:

»Wenn Sie sie [die Ausbilder für den Islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, Anm. FF] fragen, werden sie sich nicht dafür aussprechen, dass junge Menschen in den Krieg ziehen, ohne sich aber bewusst zu sein, dass sie die Vorarbeit für Gruppen wie den IS vollbringen.« (Aslan, zit. n. Zimmermann/Stoiber 2020)

Damit reproduziert Aslan die Ansicht Nehammers, es handle sich hier um die Hintermänner des Terrors. Bezüglich des islamischen Religionsunterrichts verlangt Aslan in einem *Standard*-Kommentar die »Umstrukturierung« der IGGÖ: Sie solle einer »unabhängigen Evaluierung der Lehrenden durch eine unabhängige Kommission zustimmen« (Aslan 2020). Damit fordert Aslan nicht nur einen weitreichenden Eingriff in die Unabhängigkeit der IGGÖ, sondern mit einer Reihe von anderen Überprüfungs- und Überwachungsmechanismen, dass deren Koordination und Evaluierung in die Hände der von der ÖVP eingerichteten Dokumentationsstelle Politischer Islam zu legen sei (Aslan 2020).

Topos der Gefahr durch die Türkei

Ein Topos, der ebenfalls im Zuge der Medienberichterstattung aufgegriffen wurde, ist der Topos der Gefahr durch die Türkei. WissenschaftlerInnen, die von der türkischen ÖVP als IslamexpertInnen herangezogen werden, vertreten ähnlich wie die Partei selbst eine kritische Haltung zur Türkei. Die Türkei wird darin – meist in Verbindung mit Katar – als Unterstützerin der Muslimbruderschaft beschrieben. Folglich sind dann auch türkische Moschee-Vereinigungen in Österreich in der Nähe der Muslimbruderschaft zu verorten.

Ednan Aslan äußerte sich in den *Salzburger Nachrichten* etwa so:

»Den größten Rückhalt für die Muslimbrüder gebe es aktuell in der Türkei. Die türkisch-islamistische Vereinigung Milli Görüs, die in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet wird, sei »die türkische Übersetzung der ägyptischen Muslimbruderschaft.« (Zimmermann/Stoiber 2020)

In der *Wiener Zeitung* vom 9. November 2020 heißt es:

»Ihr umfassendes Netzwerk sichern die Muslimbrüder über diverse Verbände, Institutionen und Schulen. Sie versuchen, Personen in einflussreiche Positionen zu hieven, um ihre Ideologie zu verbreiten. Als international bekannteste Unterstützer zählen der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und dessen Partei AKP. Auch das Golfemirat Katar unterstützt die Bewegung.« (Bischof 2020)

Zum Zeitpunkt der Operation Luxor hat die Präsidentschaft der Islamischen Glaubensgemeinschaft eine Person aus der Reihe der Islamischen Föderationen, die allgemein zu dieser Bewegung gezählt wird, inne (Hafez 2023a).

Graz-Topos

Als Graz-Topos sei jener Argumentationsstrang zur Operation Luxor definiert, der am Rande der Pressekonferenz erwähnt und im Nachgang mit Journalisten auch weiter besprochen wurde: Der Innenminister sprach von einer jihadistischen Szene in Graz, die auch die Staatsanwaltschaft mit den Worten »Ja, es gibt hier eine Szene in Graz« bestätigte (Lorenz/Müller/Scherndl 2020). Auch dies wurde von einigen Medien aufgegriffen. Während einerseits die Staatsanwaltschaft Graz federführend bei der Operation Ramses/Luxor ist, ist derselbe Staatsanwalt auch bekannt für die sogenannten Dschihadisten-Prozesse. Damit werden zwei unterschiedliche Themengebiete miteinander verknüpft: einmal die Operation Luxor und ein anderes die Gerichtsprozesse zu Personen aus dem Milieu des bewaffneten Kampfes, welcher Personen aus dem Milieu der al-Qaida und des IS beinhaltet.

So heißt es im *Standard* unter Bezugnahme auf das britische Boulevardmedium *Daily Mail*, dass »die Muslimbruderschaft« 2014 ihr neues europäisches Hauptquartier in Graz eröffnen wollte (Lorenz/Müller/Scherndl 2020). Die AutorInnen reproduzieren einen Topos, den sie jedoch gleich wieder selbst entkräften: »Beweise dafür wurden nicht mitgeliefert, eine tatsächliche ›Umsiedlung‹ von London nach Graz lässt sich bis heute nicht verifizieren.« Mit der Nennung einer so schwachen Boulevard-Quelle bedienen sie sich gleichzeitig aber auch des Taqiyya-Topos: Die Muslimbruderschaft agiere so professionell geheim und gehe dabei so täuschend vor, dass man keine Beweise für ihr Tun finde. Weniger von einer Spekulation und mit Bezugnahme auf angebliche diplomatische Prozesse wird in der *Presse* ausgegangen (Thalhammer 2020a). Stark fokussiert auf die Steiermark bzw. Graz war auch die *Kleine Zeitung*. Dort erscheinen die meisten Artikel zur Operation Luxor unter der Rubrik Steiermark (Rombold 2020a; Rombold 2020b; Habich 2020; Rombold/Winter-Pölsler 2020). Angeblich seien von 1300 Vertretern der Muslimbruderschaft in Österreich 500 in der Steiermark anzufinden (Rombold 2020b).

Topos des Retters

Wodak (2019: 15) beschreibt den Topos des Retters folgendermaßen: »Wenn ein ›Volk‹, ein ›Land‹ oder eine Institution in Not ist, dann wird eine bestimmte Person auftauchen und dieses ›Volk‹, ›Land‹ oder diese Institution retten.« Durch die Operation Luxor inszenierte sich die Regierung nicht nur als Retterin jener, die sie in Gefahr sah, sondern hob ganz besonders hervor, zum »Schutz der Muslime« agiert zu haben (Rombold/Traar 2020; Rombold 2020a):

»Man wolle damit besonders auch Muslime vor radikalen Extremisten schützen, sagte Nehammer [...]« (Lorenz/Müller/Scherndl 2020)

»Die Staatsanwaltschaft Graz betonte, dass sich die Aktion nicht gegen den Islam richte. Vielmehr sollen die durchgeführten Terror-Razzien auch dem Schutz der Muslime dienen, deren Religion für die Verbreitung verfassungsfeindlicher Ideologien missbraucht werde.« (oe24 2020b)

Topos von Recht und Ordnung

Wodak (2019: 15) als auch Reisigl (2014) weisen diesen als einen wichtigen und oft verwendeten Topos im rechtspopulistischen Diskurs aus. Nach Reisigl macht sich dieser auf folgende Weise bemerkbar: »If I or we get the power, we will provide for/guarantee law and order« (Reisigl 2014: 78–79). In der Ansprache des Innenministers und des Generaldirektors manifestiert sich der Topos von Recht und Ordnung durch die besondere Hervorhebung, dass es sich bei der Operation Luxor um durchdachte und konsequente Ermittlungen handle, denen intensive und kostspielige Nachforschungen zum Schutz der öffentlichen Ordnung und zum Eliminieren von gefährlichen Personen vorausgegangen seien (Rombold/Traar 2020; Kronen Zeitung 2020a):

»Es sei **mehr als ein Jahr gegen diese Netzwerke ermittelt** worden, betonte Nehammer. Der Innenminister sprach von über 21.000 Überwachungsstunden und mehr als 1,2 Millionen Bildern von Treffen und Zusammenkünften verdächtiger Personen, die nun ausgewertet werden müssten.« (Kleine Zeitung 2020)

»Neben Innenminister Nehammer nahm auch die Integrationsministerin Susanne Raab (ebenso ÖVP) Stellung: »[...] Wir lassen nicht zu, dass extremistisches Gedankengut in Österreich verbreitet wird und werden auch weiterhin konsequent dagegen vorgehen,« [...]« (Rombold 2020a)

»Integrationsministerin Susanne Raab spricht von einem wichtigen Schlag gegen extremistische Ideologien: »[...] Ich danke Innenminister Nehammer und den beteiligten Beamten für ihr konsequentes Vorgehen gegen diese staatsfeindlichen Verbindungen, die unsere Demokratie ausnutzen und unterwandern wollen. Nur gemeinsam können wir den Kampf gegen extremistische Ideologien gewinnen.« (oe24 2020b)

In einem am 16. November 2020 erschienenen Gastkommentar »Nationale Kraftanstrengung gegen Dschihadismus« in der *Wiener Zeitung* von Stefan Beig, der als Redakteur bei einem ÖVP- und FPÖ-nahen Boulevard-Online-Medium tätig ist, bedient sich dieser ebenso des Law & Order-Topos. Darin kritisiert Beig zunächst, »allzu milde Haftstrafen« für IS-Anhänger seien keine Seltenheit gewesen, und lobt

das Engagement und die Willensstärke des Landesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sowie der Staatsanwaltschaft in Graz, die schon unzählige IS-Anhänger angeklagt hatte (Beig 2020). Im Gastkommentar wird die Operation Luxor zwar nicht explizit erwähnt, jedoch ist der Artikel vor dem Hintergrund zu lesen, dass es sich bei den steirischen Behörden und Ermittlern, namentlich auch um den Staatsanwalt Johannes Winklhofer, um jene handelt, die auch bei der Operation Luxor federführend mitgewirkt hatten. Vor allem für Winklhofer findet Beig besonders anerkennende Worte: Dieser sei ein »ausgewiesener Experte für jegliche Form von Extremismus« (Beig 2020)⁷ und am Beispiel Graz zeige sich, dass »alle staatlichen Institutionen kooperieren müssen, um den Krieg gegen den Terror zu gewinnen« (Beig 2020).

Interessant ist auch, dass Beig in seinem Artikel eine »nationale Kraftanstrengung« im Sinne des War on Terror propagiert. Nur gemeinsam und mit vereinten Kräften könne man sich gegen islamistische Terroristen wehren.

Topos des Bargeldfundes

Stark durch die Medien rezipiert wurde der Topos des Bargeldfundes. Diesen Topos befeuerte Generaldirektor Ruf selbst im Rahmen der Pressekonferenz: Er sprach von »beträchtlichen Vermögenswerten« und »Millionenbeträgen«, die gefunden worden seien. Die Staatsanwaltschaft Graz hingegen bestätigte die Summen nicht, lehnte sie aber auch nicht ab und ließ somit mediale Gerüchte weiter florieren. Dabei schien es der österreichische Rundfunk gewesen zu sein, der diese Spekulation in die mediale Welt gesetzt hatte: »Einen Öl-Bericht, wonach allein 25 Millionen Euro Bargeld beschlagnahmt worden sein soll, bestätigte die Staatsanwaltschaft Graz am Mittwoch aber nicht.« (orf.at 2020) In den Medien wurde das unterschiedlich rezipiert: Während *Der Standard* noch auf »aufgefunden worden sein« (Konjunktiv und Passiv) setzt, lassen sich die Passagen aus dem *Heute*- und *puls24*-Artikel anders lesen:

»Insgesamt sollen dabei über 25 Millionen Euro aufgefunden worden sein – in bar.« (Der Standard 2020)

»Laut ORF Teletext wurde nun bekannt, dass die Behörden im Zuge der Aktion 25 Millionen Euro in bar beschlagnahmen konnten.« (Heute 2020b)

7 Denselben Staatsanwalt kritisierte Florian Klenk, Chefredakteur des *Falters*, im Artikel »Ein Staatsanwalt außer Kontrolle« vom 02.05.2022. Winklhofer war in einer »juristisch höchst ungewöhnlichen Ermittlungsanordnung« gegen vier prominente Mitglieder der muslimischen Glaubensgemeinde vorgegangen, weil diese sich erfolgreich gegen Terrorvorwürfe gewehrt hatten; siehe <https://www.falter.at/zeitung/20220502/ein-staatsanwalt-ausser-kontrolle> (letzter Zugriff: 05.04.2023).

»Bei den Razzien wurde insgesamt Bargeld in Höhe von rund 25 Millionen Euro beschlagnahmt.« (puls24 2020)

»Der höchste Bargeldfund habe rund 100.000 Euro betragen – wenn so eine Summe bei einem Imam oder einer Moschee sichergestellt werde, sei das für die Ermittler ein »klares Indiz«, dass das Geld in der Terrorfinanzierung verwendet werde, so Nehammer.« (Kleine Zeitung 2020)

➤ Schlag gegen Muslimbrüder ➤ Razzia in Privatstiftung

Terror-Millionen: Prominente Islamvertreter im Fadenkreuz

Paukenschlag im Zuge der Operation „Luxor“: Auch der Ex-Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft und dessen Privatstiftung sollen ins Visier der Justiz geraten sein. Wie berichtet, stellten Fahnder Montagfrüh bei landesweiten Anti-Terror-Razzien gegen die Muslimbruderschaft rund 25 Millionen Euro an Bargeld und Vermögenswerte sicher.

„Die Anas Schakfeh Privatstiftung ist eine nicht auf Gewinn ausgerichtete Organisation...“ – wie auf der Homepage angeführt. Ermittler und Justiz sehen dies aber offenbar anders. Auch die als gemeinnützig geführte Privatstiftung (im Beirat finden sich namhafte Vertreter aus Politik und Wirtschaft) soll Montag ins Visier der Razzien geraten sein.

Der langjährige Ex-Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich

wehrt sich: „Es gibt null Verbindung zwischen der Stiftung und der Muslimbruderschaft.“

Wie berichtet, wurden bei den 60 Razzien in Häu-

sern, Wohnungen, Vereinen, Firmen und Moscheen 30 der insgesamt 70 als verdächtig geführten Personen zur Einvernahme mitgenommen. Diese zeigten sich zu den Vorwürfen der Terror-Finanzierung und Geldwäsche aber alles andere als gesprächig, wie aus Ermittlerkreisen zu hören ist. Zum elitären Kreis der Verdächtigen sollen neben dem Ex-Präsidenten auch der ehemalige Kulturreferent der Islamischen Glaubensgemeinschaft sowie ein erfolgreicher Start-up-Investor, ein bekannter Politologe und Uni-Vortragender gehören. Die Auswertungen der Umfragen an sichergestellten Beweisen laufen auf Hochtouren.

K. Loibnegger,
M. Krisper



Abb. 2: Kronen Zeitung (APA), 12.11.2020, S. 18

Interessant ist auch die Verwendung eines Symbolfotos von zu einer Pyramide gestapelten Euro-Scheinen in der *Kronen Zeitung* vom 12.11.2020 (in Print) ohne Hinweis darauf, dass es sich um kein Foto der Razzia handelt. Darüber steht lediglich: »Fahnder stellten Bargeld und Vermögenswerte in Millionenhöhe sicher.«

Erst einen Monat später und auf Nachfrage wurde diese Information von der Staatsanwaltschaft Graz als unrichtig erklärt.

Topos der Festnahmen

Ebenfalls unwahr war die Behauptung, dass es 30 Festnahmen bei der Razzia gegeben hätte. Auf der Pressekonferenz, bei der Nehammer und Ruf gemeinsam auftra-

ten, wurde lediglich erwähnt, dass gegen 70 Beschuldigte ermittelt werde, wovon 30 zu sofortigen Einvernahmen vorgeführt worden waren. Es gab allerdings keine Festnahmen.

Dennoch wurde entgegen den Informationen der Pressekonferenz in der Schlagzeile der *Heute*-Zeitung vom 09.11.2020 behauptet: »30 Festnahmen bei Razzia gegen Muslimbruderschaft« (Heute 2020a). In einem oe24-Artikel heißt es zwar in einer untergeordneten Überschrift: »30 Verdächtige wurden wegen Terrorverdachts festgenommen«, weiter unten steht aber im selben Artikel: »Bei den Vorführungen von 30 Beschuldigten zur Vernehmung [...] handelt es sich nicht um Festnahmen, wurde seitens der Staatsanwaltschaft Graz auf APA-Anfrage gesagt.« (oe24 2020b)

Topos der Taqiyya (Täuschung) und der geheimen Unterwanderung

Ein in islamfeindlichen Diskursen oft verwendeter und bekannter Topos ist jener der Taqiyya. Dabei wird MuslimInnen oder muslimischen Organisationen vorgeworfen, sich nach außen hin bzw. öffentlich anders darzustellen, während man insgeheim genau gegenteilig denkt oder agiert (Harrer 2020; Shooman 2014). Dieser Topos wird in den Medien einerseits in Bezug auf die Muslimbruderschaft, andererseits aber auch auf die Beschuldigten angewandt (puls24 2020; Kronen Zeitung 2020; oe24 2020b; Salzburger Nachrichten 2020; Kocina 2020; Lisa Fellhofer, zit.n. Baltaci 2020, 2020):

»Auch wenn die Organisation nach außen hin von Gewaltverzicht spricht, soll sie in den Augen der Ermittler Kontakte zu terroristischen Vereinigungen unterhalten, etwa zur palästinensischen Terrororganisation Hamas.« (Lorenz/Müller/Scherndl 2020)

»Bedenklich stuften die Verfassungsschützer in den letzten Jahren auch den Umstand ein, dass Muslimbrüder in der Ausbildung von islamischen Religionslehrern eine zentrale Rolle einnehmen. Experten warnten schon vor Jahren vor einer »Unterwanderung« auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen.« (Rombold 2020b)

»Für Nachrichtendienste sei es sehr schwer, die Netzwerk zu durchdringen, die Geheimhaltung in diesen Kreisen sei sehr hoch, so Ramsauer.« (Rombold 2020b)

In einem von oe24 veröffentlichten Artikel vom 10.11.2020 geht es um einen Beschuldigten, der Vorträge an der Karl-Franzens-Universität in Graz hielt. Auf die Anschuldigungen reagierten die verantwortlichen Universitätsmitarbeiter nicht nur überrascht. Sie seien im Vorfeld auch durch den Beschuldigten abgestritten worden:

»Medienberichten kann außerdem entnommen werden, dass sich die Verantwortlichen damals alles abstritten und gaben an über die teils antisemitischen Aussagen mancher Vortragsredner nicht gewusst zu haben.« (oe24 2020c)

Ungeachtet der Unschuldsvermutung zeichnet sich jedoch ab, wie medial und politisch Druck auf die Verantwortlichen und die Universität ausgeübt wird, einen vermutlich antisemitischen Terroristen vortragen haben zu lassen.

Dass auch die IGGÖ eine Haltung gegen Antisemitismus nur vortäuschen würde (»Bei jeder sich bietenden Gelegenheit legt sie ein Bekenntnis dagegen ab.«), meint Manfred Maurer (2020a) in seinem unter dem Namen »Missbrauchte Shoah« veröffentlichten Artikel im *Volksblatt* vom 23.11.2020. Darin schreibt er:

»Ihre offiziellen Vertreter organisieren Besuche im KZ Mauthausen, haben die ›Nie Wieder‹-Parole verinnerlicht und ein gutes, bisweilen sogar freundschaftliches Verhältnis zur Israelitischen Kultusgemeinde aufgebaut. Aus der IGGÖ-Perspektive hat das Streben nach Nähe zu einer politisch unangreifbaren Opfergemeinschaft einen angenehmen Nebeneffekt. Zum einen lenkt es vom nicht einmal in Ansätzen aufgearbeiteten muslimischen Antisemitismus ab (weil das Holocaustgedenken sich nur auf den autochthonen, sprich: christlichen bzw. nationalsozialistischen Antisemitismus bezieht), zum anderen lassen sich Vergleiche ziehen, die perfekt ins muslimische Opfernarrativ passen und jegliche kritische Auseinandersetzung mit dem Islam unter einen rassistischen Generalverdacht stellen.« (Maurer 2020a)

Maurers Schlusssatz ist eine eindeutige Ansage und Aufforderung an die Israelitische Kultusgemeinde, den interreligiösen Frieden in Österreich und den Dialog mit dem Islam und MuslimInnen abzubrechen: »Man darf gespannt sein, wie lange sich die Israelitische Kultusgemeinde das gefallen lässt.« (Maurer 2020a)

Am 11.12.2020 veröffentlichte der *Standard* einen Gastkommentar von Ahmad Mansour. Darin prangert dieser die Naivität europäischer PolitikerInnen gegenüber dem »politischen Islam« an. Seine Kritik wird an dieser Stelle noch als Beispiel für den Topos der Taqiyya erwähnt:

»Ihre Ziele, eine neue Realität zu kreieren, die Diskurse zu bestimmen und ihre Gegner zu unterdrücken, hatten europaweit großen Erfolg. Sie reden von Demokratie, Vielfalt, Toleranz und Integration, zeigen sich im Anzug mit Universitätsabschluss, stellen Forderungen auf, sind nach außen kritisch und selbstreflektiert, um dann nach innen ein Islamverständnis zu fördern, das genau all diese Eigenschaften ablehnt. Das Menschen entmündigt, kritisches Denken verhindert, Zweifel als Sünde sieht, Sexualität unterdrückt und die Welt in Gläubige und Ungläubige teilt. Mit den Werten der Aufklärung versuchen sie, Präaufklärungswerte zu zementieren. Genau wie mithilfe von Wahlen im Iran, in Ägypten, in der Türkei

oder in Gaza an die Macht zu kommen, um dann einen autoritären Plan umzusetzen.« (Mansour 2020)

Wie nun Extremisten bzw. Muslimbrüder in Europa konkret vorgehen, um naive Menschen zu täuschen, erklärt auch Mouhanad Khorchide im Interview mit dem *profil*:

»Was soll man sagen über eine Bewegung, von der niemand zugibt, dass er dabei ist? Es gehört zur Strategie der Muslimbruderschaft in Europa, sich nicht dazu zu bekennen, möglichst unauffällig aufzutreten, breite Bündnisse zu schmieden, sich angeblich für Multikulturalität und gegen Gewalt einzusetzen. Sie legen großen Wert auf eigene Bildungsinstitutionen, Kindergärten, Schulen, private Universitätsinstitute mit klingendem Namen, die sich nach Frieden, Internationalismus, Brückenbauen und interreligiösen Dialog anhängen. Das ist Fassade. Nach innen wird eine Ideologie weitergegeben.« (Khorchide, zit.n. Zöchling 2020a)

Gleichzeitig am Topos der Taqiyya und am Topos der Gefahr durch die Türkei bedient sich Ednan Aslan. In einem im *Standard* erschienenen Kommentar verteidigt er den Begriff des »politischen Islam« und geht auf das konkrete Argument ein, der Begriff würde muslimische Aktivitäten pauschal stigmatisieren. Dies sei eine »Verkennung der Tatsachen«, so Aslan, denn »immerhin« seien 30 nach der Razzia vernommene Aktivisten und Wissenschaftler bei der türkischen Medienagentur Anadolu vorstellig geworden, um davon zu berichten. Laut Aslan sei das Kommunizieren der Betroffenen mit der Anadolu Agency also ein Beweis, dass jene eine Nähe zur Türkei und somit zum politischen Islam hätten:

»Wie immer die Aktion zu bewerten sein mag, lässt sich doch erahnen, dass diese Leute Teil eines internationalen Netzwerks sind, das ihre Aktivitäten finanziert und koordiniert und das sich zunehmend – getarnt als akademisches Institut oder als Stiftung, als Firma oder Schule – nach Europa und in die USA verlagert. Dass die türkische AKP vermehrt in Europa tätig wird, ist auch Folge des schwindenden Einflusses von Recep Tayyip Erdoğans Politik im Nahen und Mittleren Osten, aber auch auf die Jugend im eigenen Land (wiewohl Istanbul mittlerweile zu einem operativen Zentrum der Muslimbruderschaft geworden ist, was erklärt, dass die türkischen Medien sehr energisch auf das Islamgesetz von 2015 und ebenso auf die jüngsten Razzien in Österreich und in Frankreich reagierten).« (Aslan 2020)

Im Rahmen der Recherche für den vorliegenden Artikel wurde das Onlinearchiv der Anadolu Agency durchsucht; die Aussagen von Aslan konnten nicht verifiziert werden. Im Gegenteil: Der erste Bericht über die Operation Luxor wurde in der Anadolu Agency erst am 11.11.2020 veröffentlicht, wobei dort ein einziger Betroffener zu Wort kommt (Kiyagan 2020a).

Zwei weitere Betroffenenberichte in der Anadolu Agency erscheinen erst am 28.12.2020 sowie 31.12.2020 – also lange nachdem Aslans Kommentar am 29.11.2020 im *Standard* veröffentlicht wurde. In beiden Artikeln geht es um dieselbe betroffene Familie (Kiyagan 2020b; Kiyagan/Ucar 2020).

Der Topos der Taqiyya wird mehrfach auch in einem Artikel der *Wiener Zeitung* »Muslimbrüder spielen ein doppeltes Spiel« rezipiert. Besonders interessant ist die Aussage des Orientalisten und Buchautors Michael Kreutz:

»In Europa spielen die Muslimbrüder ein doppeltes Spiel. Sie geben sich friedfertig und gesetzestreu. Aber gleichzeitig haben sie der Gewalt nicht abgeschworen, wenn sie sich gegen Israel richtet«, sagt Kreutz. Eine Taktik sei auch das Verschleiern und Verheimlichen ihrer Tätigkeiten: »Sie werden in Europa keine Organisation finden, die von sich aus sagt, dass sie ein Ableger der Muslimbrüder ist.« Es gebe zwar zahlreiche Vereine, welche die Ideologie der Muslimbrüder vertreten: »Aber sobald man diese Organisation festnageln will und als Ableger der Muslimbrüder bezeichnet, drohen sie mit rechtlichen Schritten.« (Bischof 2020)

Wer sich also gegen die fremde »Festnagelung« als Muslimbruder und die Aussage, dieser Bewegung anzugehören, wehrt und deshalb rechtlich gegen solch eine Verleumdung vorgeht, sei vom Gesetz geschützt – was von Kreutz wohl als problematisch angesehen wird. Dies markiert auch den Beginn eines neuen Topos, der später, als sich die Operation Luxor als rechtliches Desaster entpuppt hat, immer wieder Verwendung findet: Die Regierung habe absolut richtig reagiert und das Problem liege an den Gesetzen.

Topos der Verflechtung mit einflussreichen Personen

Bereits Nehammer verwies darauf, dass die Verdächtigen vielerlei Geschäften nachgehen würden. Es handle sich nicht um einfache Personen, sondern um geschäftstüchtige Menschen, die durchdacht und nach Plan agieren. Dieser Topos kann auch als Unterpunkt zum Topos der Taqiyya gezählt werden, da hier einflussreiche Menschen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die meist selbst keine muslimische Herkunft haben, getäuscht wurden, um für islamistische Agenden zu handeln.

So tauchen in einem Artikel von Gaigg und Marchart 2020 Informationen über die Planung einer muslimisch-konfessionellen Schule auf, was weder illegal noch ungewöhnlich in Österreich ist, wozu später Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorsky als auch das Bildungsministerium Stellung nehmen:

»Das Bild [das durch Ermittlungsakten gezeichnet wird, Anm. FF] reicht vom Hauptredner und Einpeitscher von Muslimbrüder-Kundgebungen [...] bis hin zu abgehörten Gesprächen mit plötzlich innenpolitischer Note, in denen sich der Islamophobieforscher Farid Hafez, ein Beschuldigter in der Causa, und der SPÖ-

Wien-Abgeordnete Omar Al-Rawi darüber unterhalten, eine ›ordentliche Schule‹ in Wien zu errichten, wie schon der ›Kurier‹ berichtete. [...]

Aus dem Büro von Czernohorszky heißt es dazu, dass dieser tatsächlich auf die Gründung einer Privatschule durch Hafez angesprochen worden sei. [...] Vom zuständigen Bildungsministerium heißt es dazu, dass das Thema im Ressort von Minister Heinz Faßmann (ÖVP) noch nicht aufgeschlagen ist.« (Gaigg/Marchart 2020)

»Laut Medienberichten wurden die Islam-Vorträge zwischen 2005 und 2008 an der Uni Graz abgehalten. Zudem wurde die Veranstaltung dieser Vortragsreihe, laut den bisherigen Ermittlungen, auch vom Land Steiermark und der Stadt Graz gefördert.« (oe24 2020c)

Betroffen von den Hausdurchsuchungen war auch eine gemeinnützige Privatstiftung zur Förderung von Kultur und Dialog. Über die Mitglieder des Beirats der Stiftung, die die Regierung in die Nähe des Terrorismus verortet hatten, heißt es in den *Salzburger Nachrichten*:

»Im Beirat sitzen zahlreiche bekannte Persönlichkeiten – vom früheren SPÖ-EU-Abgeordneten Hannes Swoboda bis zu Ex-ÖVP-Verteidigungsminister Werner Fasslabend und ›Furche‹-Herausgeber Heinz Nußbaumer.« (Zimmermann/Stoiber 2020)

Manfred Maurer vom *Volksblatt* (im Besitz der Oberösterreichischen Volkspartei), der die Facebook-Seite eines Beschuldigten, der dort seine Unterstützung für die SPÖ-Politik zum Ausdruck bringt, durchforstete, will nahelegen, dass dieser Beziehungen zur sozialistischen Partei hätte. Maurers Argument lautet:

»Politisch pikant ist auch die Hausdurchsuchung bei einem in Wien legenden Ägypter, der von den Landtags- und Gemeinderatswahlen im Oktober intensiv für SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig geworben hatte.« (Maurer 2020a)

Sein Argument untermauern möchte Maurer auch mit einem Screenshot eines Artikels des SPÖ-Politikers Al-Rawi, der sich für die Unterstützung bei »einer Zielperson« der Operation Luxor bedankte.⁸ Die Diskursstrategie »Islamisierung durch die SPÖ« stellt Hafez dabei in eine ideengeschichtliche Kontinuität mit antisemitischen Diskursen über die »Verjudung der Sozialdemokratie« (Hafez 2021).

8 In der aktualisierten Version ist der Screenshot nicht mehr vorhanden. Die erste, unaktualisierte Version liegt aber der Verfasserin vor.

Topos der ausländischen Finanzierung

Die »beträchtlichen Vermögenswerte«, die im Rahmen der Pressekonferenz von Nehammer und Ruf genannt wurden, betreffen auch die Beschlagnahmung von Immobilien. Finanzierungen aus Katar werden als Indiz für eine Finanzierung für die Muslimbruderschaft betrachtet (Thalhammer/Kocina/Seeh 2020; Zimmermann/Stoiber 2020; Pichler/Seebacher 2020). In einem Interview mit einem Vertreter des Islamischen Kulturzentrums Graz wehrt sich dieser auch gegen die medial und durch die Regierung als illegal dargestellte Finanzierung eines Moscheebaus durch ausländische SpenderInnen: »Es ist kein Geld aus Katar oder der Türkei oder Ägypten geflossen, das mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehen könnte« (Winter-Pölsler 2020).

Topos des Zusammenhangs mit dem Anschlag in Wien

Der Innenminister tätigte im Rahmen der Pressekonferenz ambivalente Aussagen, die auf einen Zusammenhang mit dem Attentat in Wien deuten könnten. Deshalb gingen viele Medien auch dezidiert auf diesen Topos ein: So wurde einerseits festgehalten, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Operation Luxor und dem Anschlag eine Woche zuvor gegeben habe (Heute 2020a; Rombold/Traar 2020; Schreiber/Möchel 2020). Andererseits stellten Nehammer, aber auch andere Regierungsmitglieder immer wieder einen Zusammenhang zwischen dem Attentat und der Operation Luxor her – deutlich wurde das in der mittlerweile mehrfach im Artikel rezipierten »Hintermänner«-Aussage von Nehammer. Der Kampf gegen diese diene dazu, »derartige Taten in Zukunft möglichst zu verhindern« (Nehammer, zit. n. BMI 2020), womit sich der Innenminister zweifelsohne auf die Terrornacht bezog.

Den Anschlag in Wien in einen Kontext mit der Operation Luxor zu setzen ist seitens der Regierungsmitglieder auch politisches Kalkül gewesen: Aufgrund der vielseitigen Kritik, offensichtliche Hinweise auf den Wiener Terroristen ignoriert bzw. zu hohe Ressourcen in die Operation Luxor/Ramses gesteckt zu haben, wodurch dieser unbehelligt sein Attentat planen und durchführen konnte, musste die Regierung und vor allem die ÖVP zeigen, dass sie sehr wohl aktiv gegen diese Gefahr vorgehen würde.

Topos des einflussreichen und elitären Muslimbruders

Nehammer betonte in der Pressekonferenz, dass die Muslimbruderschaft es perfekt verstehe, zivile Gesellschaftsstrukturen zu unterwandern, weil sie nicht in klassischer, brutaler Rhetorik aufträte, sondern es über andere Wege versuche. Bezugnehmend auf die bisherigen Topoi lässt sich zusammenfassen: Der Muslimbruder, der im Visier der Ermittler steht, steht finanziell gut da, ist in Geschäfte eingebun-

den oder wissenschaftlich engagiert oder mit wichtigen Persönlichkeiten aus der Politik verwoben (Kaltenbrunner 2020; oe 24 2020c; Zimmermann/Stoiber 2020):

»Ihre Sympathisanten [die der Muslimbruderschaft, Anm. FF] sind laut den Behörden jedoch **in vielen Moscheen und Organisationen** zu finden und verkehren in elitären Zirkeln.« (Rombold 2020b)

»Zum elitären Kreis der Verdächtigen sollen neben dem Ex-Präsidenten auch der ehemalige Kulturreferent der Islamischen Glaubensgemeinschaft sowie ein erfolgreicher Start-up-Investor, ein bekannter Politologe und Uni-Vortragender gehören.« (Loibnegger/Krisper 2020)

»Das ist eine geheime, elitäre Vereinigung, die nicht entdeckt werden möchte.« (Ramsauer, zit.n. Bischof 2020)

Topos der Andersartigkeit des Islams

JournalistInnen oder AutorInnen, die sich dieses Topos bedienen, argumentieren oftmals damit, dass der Islam nicht einfach eine Religion wie das Christentum und/oder Judentum sei. MuslimInnen seien aufgrund ihrer Religion anders, wodurch rassistische und islamfeindliche Ansichten und Meinungen reproduziert werden. Der Topos der Andersartigkeit des Islams wird auch in Bezug auf die Operation Luxor in zwei Artikeln in der *Presse* bedient: einmal in einem Gastkommentar von Christian Ortner, ein anderes Mal in einem von Karl-Peter Schwarz.

Ortner schreibt zwar kritisch, dass der »politische Islam« näher definiert werden müsse, begrüßt es aber, dass die Bundesregierung nach dem Anschlag in Wien den Kampf gegen den politischen Islam aufgenommen habe. Das begründet er, indem er auf die Andersartigkeit des Islams verweist:

»Denn der Islam ist eine politische Religion in dem Sinn, als er nicht nur rein spirituelle Anleitungen gibt, sondern auch eine Art gesellschaftliches Betriebssystem darstellt, das viele absolut weltliche Aspekte des menschlichen Zusammenlebens regelt, weit über den religiösen Kern hinaus.« (Ortner 2020)

Ortner zitiert aus einer Studie eines islamkritischen Soziologen und behauptet: »Alles Indizien dafür, dass Fundamentalismus unter Europas MuslimInnen nicht eben eine exotische Ausnahme sein dürfte.« (Ortner 2020).

Am 24.11.2020 schießt Karl-Peter Schwarz ebenso in der *Presse* mit einem Gastkommentar nach:

»Auch das Christentum und das Judentum verstanden sich zu unterschiedlichen Zeiten als »totale Religionen« (Jan Assmann). Ein fundamentaler Unterschied zum

Islam besteht darin, dass die heiligen Schriften der Juden und Christen das Wort Gottes enthalten, während der Koran das Wort Gottes ist.« (Schwarz 2020)

Schwarz vertritt ähnlich wie die Regierung die Meinung, dass der politische Islamismus und die Muslimbruderschaft als eine ihrer VertreterInnen »brandgefährlich« seien:

»Im 20. Jahrhundert wandte sich die Muslimbruderschaft gegen islamische Regierungen, denen sie Verwestlichung und Verrat an der Religion vorwarfen. [...] Ein als »totale Religion« verstandener Islam ist mit der Lebensweise und der Verfassung der westlichen Welt nicht vereinbar. Der politische Islamismus ist brandgefährlich, ob seine Anhänger Gewalt anwenden oder sich auf den »langen Marsch durch die Institutionen« begeben. Aus diesem Grund können sich zwar Muslime, aber nicht Islamisten auf die Religionsfreiheit berufen. Jedem, der lieber in einem Kalifat lebt, steht es frei, sich in einem solchen anzusiedeln.« (Schwarz 2020)

Aufgrund des Erscheinungsdatums und des Zeitpunkts der von Schwarz angestrebten Diskussion könnte er mit den Anhängern des politischen Islamismus, die »sich auf den langen Marsch durch die Institutionen begeben« u.a. die Beschuldigten der Operation Luxor meinen. Auf diesen Kommentar folgt eine Reihe an Pro- und Contra-Kommentaren von zwei Rassismus-Forschern (Farid Hafez und Benjamin Opratko) sowie einigen Regierungsunterstützern (neben den obigen noch Mouhanad Khorchide) in der Tageszeitung *Die Presse* (Hafez 2023b).

Topos des schweigsamen Beschuldigten

Die Ermittler scheinen gegenüber den Medien offensichtlich verlautbart zu haben, dass manche Beschuldigte von ihrem Recht zu schweigen Gebrauch gemacht haben. Dies wurde zum Beispiel von den *Salzburger Nachrichten* aufgegriffen: »Diese zeigten sich zu den Vorwürfen der Terror-Finanzierung und Geldwäsche aber alles andere als gesprächig, wie aus Ermittlerkreisen zu hören ist.« (Loibnegger/Krisper 2020) Man vergleiche dies mit dem Schweigen von Autoritäten: »Bei der Grazer Staatsanwaltschaft (STa) zeigte man sich auf Anfrage recht zugeknöpft angesichts der heiklen Thematik. Bestimmte Orte oder Vereine, die Ziel der Razzien waren, wurden verschwiegen.« (oe24 2020b) Das Schweigen der Beschuldigten in einem laufenden Verfahren, in dem ihnen sogar die Akteneinsicht verweigert wurde, lässt LeserInnen Mutmaßungen über die Kooperationsbereitschaft der Verdächtigen mit den Behörden anstellen. Die Grazer Staatsanwaltschaft hat als Autoritätsinstanz jedoch sehr wohl das Recht zu schweigen »angesichts der heiklen Thematik«. Dass bestimmte Orte oder Vereine verschwiegen wurden, stimmt ebenso nur bedingt. Wie nun in den Zitaten zu den unterschiedlichen Topoi dargelegt wurde, hat die Regierung sehr wohl Namen oder Vereine, von denen sie wollte, dass die Öffentlichkeit von ih-

rer Verdächtigung erfährt, an die Medien durchdringen lassen (siehe z.B. Graber/Gaigg/Marchart/Schmid 2020).

Topos »Razzia hilft Islamisten«

Jan Michael Marchart, einer der wenigen Journalisten der Tageszeitung *Der Standard*, der sich auch in den Folgejahren noch mit der Operation Luxor auseinandersetzt und immer wieder Teile des neueren Ermittlungsstandes journalistisch aufarbeitet, benutzt auch den Topos »Razzia hilft Islamisten«. Während Marchart einerseits die Regierung offensichtlich kritisiert, reproduziert er das generelle Misstrauen gegenüber vermeintlichen IslamistInnen im Islam-Diskurs:

»Im besten Fall zeigt sich, dass Österreich ein Problem mit islamistischen Muslimbruder-Umtrieben hat, um dagegen vorzugehen. Im schlimmsten Fall war die Razzia Gift für die Arbeit des Staates, die öffentliche Debatte und nicht zuletzt eine amtlich beglaubigte Aktion eines vermeintlichen staatlichen Rassismus, was Islamisten dienlich ist.« (Marchart 2020)

Es bleibt undeutlich, wieso die Arbeit des Staates, die sich gegen unschuldige MuslimInnen richtet, die offensichtlich nichts mit Terrorismus zu tun hatten, Islamisten dienlich sein sollte. Dadurch wird der Fokus solch einer fehlgeleiteten Arbeit von den Opfern weg verlagert in die Richtung, in die die Regierung sie von Anfang an führen wollte. Ausschlaggebend sollte daher nicht sein, wem sie dient, sondern was sie bewirkt: Sie führt insbesondere unter MuslimInnen in Österreich zu einem Vertrauensverlust in staatliche Institutionen und zeigt deren parteipolitische Beeinflussung und Färbung auf.

Kritische Stimmen

Nach den ersten Artikeln, die vor allem zu Wiederholungen und zur Reproduktion von Topoi in den Medien führten, fanden sich später aber auch kritische Punkte in der Medienberichterstattung wieder. Kritische Artikel bzw. Positionen innerhalb des analysierten Zeitraums vom 09.11.2020 bis zum ZIB-Beitrag am 07.12.2020 stellen quantitativ eine absolute Minderheit dar. Außerdem dauerte es einige Wochen, bis die ersten kritischen Artikel erschienen:

»Aus Unterlagen, die dem STANDARD vorliegen, geht hervor, welche Beweise die Behörden im Vorfeld gesammelt haben. Große Teile stützen sich auf Aussagen eines anonymen Hinweisgebers und auf abgehörte Telefongespräche, die allerdings nur ein sehr grobes Bild zeichnen.« (Graber/Gaigg/Marchart/Schmid 2020)

Analog zu den bisherigen Topoi – teilweise wurden die der Regierung übernommen, teilweise wurden aber auch neue aufgegriffen – sollen nun jene Topoi genannt werden, die das Vorgehen der Regierung und die Operation Luxor kritisierten.

Topos der Showpolitik

Unter dem Topos der Showpolitik werden jene Aussagen zusammengefasst, die nahelegen, dass die Regierung, insbesondere der Innenminister, den »großen Schlag gegen den politischen Islam« nur medienwirksam inszeniert habe, entweder um der Inszenierung wegen oder aber auch um das eigene Versagen in der Anschlagsnacht zu verschleiern:

»Nun stellt sich die Frage, ob die beiden Aktionen [Schließung von zwei Wiener Moscheen und Operation Luxor, Anm. FF] mehr waren als ein bloßes Punkte-sammeln für Innenminister Karl Nehammer (ÖVP), der nach Ermittlungsspannen seiner Behörden rund um den Attentäter gehörig unter Druck steht.« (Marchart 2020)

»Hier handelt es sich um reine Windschatten-Politik. Die Regierung hat sich nicht einmal Mühe gegeben, diese zu verschleiern. Im Windschatten der Horrornacht vom 2. November, die bei einer kompetenten Verwaltung so nie hätte passieren dürfen, zweier Razzien, sollte den Bürgern der »entschlossene Kampf« signalisiert werden. Im 24-Stunden-Takt dann der Ministerratsbeschluss zum Anti-Terror-Paket.« (Rohrer 2020)

In späteren kritischen Artikeln wird der Topos der Showpolitik mit dem Topos der Verschleierung des behördlichen Versagens stärker zusammengezogen. Ein Beispiel hierfür ist eine erst etwa ein Jahr später erschienene Kolumne von Hans Rauscher unter dem Titel »»Operation Luxor: Entscheidender (Fehl-)Schlag«:

»Verschiedentlich wurde vermutet, dass die Konzentration so großer Ressourcen auf die Operation Luxor eine dichte Überwachung des Attentäters von der Wiener Innenstadt verhindert hat. [...] Allen bisherigen Informationen nach war es eine klassische türkische Showaktion mit bisher null strafrechtlichem Ergebnis. Mit dem nunmehrigen Kanzler als Hauptdarsteller.« (Rauscher 2022)

Topos der Infragestellung des Terrorismus-Verdachts

Darauf, dass der Verdacht des Terrorismus nicht haltbar sein könnte, wurde schon in jenen Artikeln hingewiesen, in denen die Muslimbruderschaft als »Geheimorganisation« dargestellt wurde: Schließlich sei es ja schwer, etwas nachzuweisen, was sich vermeintlich so gut zu verstecken weiß. Als kritischer Topos, bei dem der Terrorismus-Verdacht tatsächlich in Frage gestellt wird, wird daher jener verstanden, der

die Muslimbruderschaft oder seine vermeintlichen Organisationen in Österreich ideologisch nicht in die Nähe von Terrorismus und Gewalt rückt:

»Mit Terror selbst habe die Organisation [Liga Kultur, Anm. FF.] nichts zu tun → die haben hundertprozentig keinen Terroranschlag finanziert«, meint der Politologe, [Thomas Schmidinger, Anm. FF.] »aber dass Gelder nach Syrien gegangen sind, halte ich für sehr wahrscheinlich.« [...] Dass die Organisation einen Anschlag in Österreich geplant habe, das schließt Schmidinger aber aus.« (Kocina 2020)

Topos der Infragestellung der Gutachter

Die Staatsanwaltschaft Graz stützte sich bei der Durchführung der Operation Luxor auf eine zweifelhafte Studie des Extremismusforschers Lorenzo Vidino (siehe Beitrag von Farid Hafez in diesem Band) sowie auf zwei Gutachten von Heiko Heinisch und Nina Scholz (siehe Beitrag von Farid Hafez in diesem Band und Bridge Initiative Team 2020; 2021), die beide – ähnlich wie Ednan Aslan (Bridge Initiative Team 2022) – oftmals im Auftrag der ÖVP zum Thema Islam publizieren oder beim ÖIF (Bridge Initiative Team 2020) referieren.

Aufseiten der Tageszeitung *Die Presse* waren es vor allem Anna Thalhammer und Manfred Seeh, die sich mit der Operation Luxor in den darauffolgenden Jahren immer wieder beschäftigt haben. Sie führen den Topos der Infragestellung der Quellen der Operation Luxor ein:

»Die Staatsanwaltschaft beruft sich für ihre Ermittlungen übrigens vielfach auf eine Studie von Lorenzo Vidino, die er 2017 zu den Muslimbrüdern veröffentlichte und die kritisiert wurde. Weiters berufen sich Staatsanwaltschaft und Ermittler auf zwei Gutachten von einem – ebenfalls viel kritisierten Autorenduo – die etliche Texte zum Politischen Islam veröffentlicht haben. Sie polarisieren in der Szene.« (Thalhammer/Kocina/Seeh 2020)

Damit findet erstmals auch eine Auseinandersetzung mit der Operation Luxor statt, die den ideologischen Unterbau dieser Politik beleuchtet. Nach Beschwerden von Beschuldigten wurde das Duo Heinisch und Scholz im Juni 2022 vom Oberlandesgericht Graz seiner Funktion als Gutachter enthoben.

Zusammenfassung und Ausblick

In dem vorliegenden Artikel wurde die mediale Rezeption der Operation Luxor im Zeitraum vom 9. November bis 7. Dezember 2020 untersucht. Es zeigte sich, dass die Operation Luxor medial stark aufbereitet war, sowohl durch das Hintergrundgespräch mit JournalistInnen als auch durch eine Pressekonferenz oder indem be-

wusst Namen von Verdächtigen durchsickern und Unwahrheiten stehen gelassen wurden. Die Berichterstattung über die Operation Luxor zeigt Verschränkungen mit unzähligen Topoi, die aus antimuslimischen Diskursen bekannt sind. Im ZIB 1-Beitrag vom 07.12. 2020, also etwa einen Monat nach der Operation, zeichnet der ORF ein kritisches Bild zu dem von Nehammer zelebrierten »Schlag gegen die Muslimbruderschaft«:

»Das stellt sich jetzt ganz anders dar. Und mehr denn je ist die Frage, was hat man damit erreicht, denn außer, dass sich Betroffene beschwerten und jetzt wissen wollen, was ihnen konkret zur Last gelegt wird, gibt es nicht viel Substantielles.« (Tarek Leitner, zit.n. ZIB 1)

Im Gespräch mit dem ORF schildert Hafez auch, wie er und seine Familie von der schwerbewaffneten Cobra aus dem Schlaf gerissen wurden und dass er nach wie vor nicht wisse, weshalb gegen ihn ermittelt werde. Die Staatsanwaltschaft Graz, die sich zu konkreten Ermittlungsständen wenig bis gar nicht äußerte, ließ über einen ihrer Sprecher verlautbaren, dass die Akteneinsicht fallweise zulässig sei, und:

»[...] es wurden keine Waffen gefunden, es ist niemand in Untersuchungshaft, mit weiteren Ergebnissen für die Öffentlichkeit ist heuer nicht mehr zu rechnen.« (Staatsanwaltschaft Graz, zit.n. ZIB 1)

Der ORF konfrontierte die Staatsanwaltschaft Graz aber auch mit dem ursprünglich »kolportierten« Fund von 25 Millionen Euro Bargeld, wozu diese meinte:

»[...] das kommentieren wir gar nicht, diese Zahl stammte niemals von uns.« (Staatsanwaltschaft Graz, zit.n. ZIB 1)

Innenminister Nehammer und Generaldirektor Ruf hatten beide auf der Pressekonferenz selbst den Topos des Bargeldfundes befeuert und den Einsatz von Bargeldspürhunden explizit erwähnt. Wochenlang ließ die Staatsanwaltschaft Mutmaßungen über hohe Bargeldfunde im Raum stehen, anstatt sie in deutlicher Kommunikation abzulehnen. Das zeigt, dass unabhängig davon, ob die Berichterstattung der Wahrheit entsprach oder nicht, den federführenden Institutionen und Behörden jede Gelegenheit recht war, um die Operation Luxor als gerechtfertigt und medial als Erfolg erscheinen zu lassen. Tatsächlich wurden lediglich etwa 200.000 Euro in den Räumlichkeiten von 70 Beschuldigten und deren Angehörigen gefunden. Die höchste Summe Bargeld wurde bei einem Imam gefunden, der eine Reparatur an seiner Moschee vornehmen lassen wollte, wofür zuvor Spendengelder aus der Moscheegemeinschaft gesammelt worden waren. Dies bedeutet, dass bei den übrigen 69 Beschuldigten pro Kopf nicht einmal durchschnittlich 1500 Euro in bar gefunden wurden. Die Causa um den Bargeldfund führt aber auch den Topos der Auslandsfinanzierung, der im Islam-Diskurs der ÖVP oft verwendet wird – zuletzt gegen türkische Moscheen und deren Finanzierung durch das türkische Religionsministerium

Diyanet –, ad absurdum: Moscheen sollen nicht durch das Ausland finanziert werden, aber wenn die Gemeinschaft selbst Geld für den Erhalt der Moschee sammelt, wird das als Indiz für Terrorismusfinanzierung gewertet.

Mit dem ZIB-Beitrag wurde, abseits von vereinzelt Interviews (z. B. Thalhammer 2020b; Reibenwein 2020), das erste Mal aber auch die Sicht von Betroffenen in der breiten Öffentlichkeit durch den staatlichen Rundfunk eingebracht.

Zusammenfassend lässt sich über die Analyse der Berichterstattung und der Topoi sagen, dass die Medien bis einige Wochen nach der Operation Luxor die Informationen und Meinung der Regierung oftmals unkritisch wiedergaben – und das, obwohl nach der Pressekonferenz deutlich wurde, dass JournalistInnen sehr wohl kritische Fragen stellten. Es scheint, als ob das Vertrauen in die Exekutive und Judikative so groß war, dass man nicht annahm, dass eine Operation dieser Größe ohne konkretes Beweismaterial durchgeführt werden konnte – auch wenn Nehammer und Ruf die Fragen im Anschluss an die Pressekonferenz nur teilweise oder gar nicht beantworteten.

Der *Standard* gehörte zu den wenigen Medien, die zumindest auf sprachliche Mittel setzten, um zu verdeutlichen, dass für Verdächtige die Unschuldsvermutung galt: So wurde in den *Standard*-Artikeln von »angeblichen« Muslimbrüdern gesprochen oder es wurden vermehrt Passiv- und Konjunktivkonstruktionen eingesetzt.

Nach bzw. kurz vor dem ersten ZIB-Beitrag begann eine Phase der vorwiegend kritischen Berichterstattung, wobei die Quantität der Artikel und das Interesse an der Operation Luxor allgemein abflachten. Nur wenige JournalistInnen beschäftigten sich auch später noch mit der Operation, wie z. B. Jan Michael Marchart (*Der Standard*) oder Manfred Seeh und Anna Thalhammer (*Die Presse*).

Aber auch jene, die die ÖVP und in ihren Artikeln primär die Regierungsmeinung vertraten, blieben ihrer Linie treu. Obwohl sich die Operation Luxor schnell als juristischer Fehlschlag herausstellte und nun, mehr als zwei Jahre später, ein Verfahren nach dem anderen eingestellt wird, bezeichnet Manfred Maurer die Betroffenen der Operation Luxor in seinem gleichnamigen Artikel als »Nette Islamisten« (Maurer 2023). Maurer stellt sich hinter die Regierung. Stark erinnernd an Nehammers Hintermänner-Saga behauptet er:

»Ein Schlag ins Wasser also statt eines gegen den Islamismus? Nur, wenn wir das Problem mangels Verurteilungen für inexistent erklären. Denn der Kampf gegen islamischen Extremismus ist mehr als die Jagd nach Sprengstoffgürtelträgern. Die islamistische Bedrohung kommt oft statt mit Bomben und Granaten auf Samtpfoten daher. Es gibt auch den Islamismus mit freundlichem Antlitz.« (Maurer 2023)

Maurer stellt hier »gewalttätige Islamisten« »netten Islamisten«, die nach außen Gewalt abzulehnen scheinen, gegenüber. Interessant ist aber, dass auf der Pressekonferenz neben den Bargeldspürhunden auch der Einsatz von »sprengstoffkun-

digen Organen« explizit erwähnt wurde. Wenn die Regierung bzw. das BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) und sein Nachfolger DSN (Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst) von »netten Islamisten« ausging, jahrelang die Verdächtigen in 21.000 Observationsstunden beschattet hatte, müsste klar gewesen sein, dass weder Waffen noch Sprengstoff gefunden werden würden. Es ist also davon auszugehen, dass die explizite Erwähnung die Operation auch in Verbindung mit einem »gewalttätigen Islamisten«, also Terroristen und in weiterer Folge auch mit dem Attentat in Wien in Verbindung bringen soll, um die behördlichen Versäumnisse in der Terrornacht zu kaschieren und das Bild aufrechtzuerhalten, man habe auch auf den Anschlag entsprechend reagiert.

Enttäuscht über den Ausgang der Ermittlungen war auch Wilfried Rombold von der *Kleinen Zeitung*. In seinem Artikel »Triumphgeheil ist fehl am Platz«, dessen Titel an eine erfahrene Niederlage im Kampf erinnert, schreibt er:

»Sie [die Grazer Staatsanwaltschaft, Anm. FF] zeigte Engagement, gegen demokratiefeindliche und gefährliche Strömungen egal welcher Ideologie vorzugehen. Das ist anzuerkennen, auch wenn die Wahl der Mittel zu hinterfragen ist.« (Rombold 2021)

Wenige Tage nach dem Terroranschlag in Wien seien polizeiliche Erfolge bitter notwendig gewesen, so Rombold weiter, aber nun laufe die Aktion Gefahr, sich als »peinliche Inszenierung« zu entpuppen: »Jedes Triumphgeheil ist fehl am Platz, so lange der Rechtsstaat nicht das letzte Wort gesprochen hat.« (Rombold 2021) Anhand dieses und ähnlicher Artikel, aber auch der Aussagen der Regierung selbst zeigt sich, dass die Operation Luxor immer wieder in einen Kontext mit dem Terroranschlag in Wien gebracht wird. Zuletzt war das auch in der ZIB 2 vom 11. Jänner 2023 (ZIB 2, ab etwa 13:05) der Fall, wo Moderator Martin Thür mit dem nunmehrigen Kanzler Nehammer im (Streit-)Gespräch war. Dort wies Thür darauf hin, dass sich der »Schlag gegen den politischen Islam«, den Nehammer medienwirksam als »seinen Erfolg verkaufte«, nun als das Gegenteil erwiesen habe. Die Antworten des Kanzlers können als Versuch gewertet werden, sich von jeglicher Verantwortung in der Operation Luxor freizusprechen: Die Ermittlungen zur Operation hätten schon viel früher begonnen, und zwar noch zu seiner »Zeit als Innenminister«. Er sei (öffentlich) zur moralischen Unterstützung vor Ort gewesen, »weil dort Polizisten im Einsatz waren, die in der Anti-Terrornacht im Einsatz waren« (ZIB 2, 14:07). Die Operation Luxor gehe auch nicht auf einen Alleingang von PolizistInnen zurück, sondern sei auf Ansuchen der Staatsanwaltschaft und mit Genehmigung eines unabhängigen Richters erfolgt.

In weiteren Medienanalysen sollte die Berichterstattung, speziell zur Rolle der Regierung oder von Personen, wie z.B. von WissenschaftlerInnen, die die Regierungsmeinung propagierten bzw. in der Nähe der ÖVP zu verorten sind, genauer in den Blick genommen werden. Sozialwissenschaftliche Studien könnten sich da-

mit beschäftigen, welche eine Stimmung die ÖVP-Regierungen mit ihrem bisherigen Islam-Diskurs, insbesondere mit der Operation Luxor, unter den MuslimInnen im Land verbreitete und wie diese Politiken und Angriffe auf ihre Einrichtungen von ihnen rezipiert wurden.

Literatur

- Aslan, Ednan (2020): Islam: Dialog darf keine Inszenierung sein. In: Der Standard, 29. November. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000122064536/dialog-darf-keine-inszenierung-sein> (letzter Zugriff: 15.03.2023).
- Baltaci, Köksal (2020): Der politische Islam ist eine Herrschaftsideologie. In: Die Presse, 11. November. Online: <https://www.diepresse.com/5895652/der-politische-islam-ist-eine-herrschaftsideologie> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Beig, Stefan (2020): Nationale Kraftanstrengung gegen Dschihadismus. In: Wiener Zeitung, 16. November. Online: <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2082704-Nationale-Kraftanstrengung-gegen-Dschihadismus.html> (letzter Zugriff: 05.04.2023).
- Bischof, Daniel (2020): Muslimbrüder spielen ein doppeltes Spiel. In: Wiener Zeitung, 9. November. Online: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2081998-Muslimbrueder-spielen-ein-doppeltes-Spiel.html> (letzter Zugriff: 16.03.2023).
- BMI (2020, 9. November): Pressekonferenz 09.11.2020. Facebook, uploaded by BMI – Bundesministerium für Inneres, https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=366783204648324 (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Bridge Initiative Team (2020, 4. November): Factsheet: Austrian Integration Fund (Österreichischer Integrationsfonds, ÖIF), <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-austrian-integration-fund-osterreichische-integrationsfonds-oif/> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Bridge Initiative Team (2021, 3. März): Factsheet: Heiko Heinisch, <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-heiko-heinisch/> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Bridge Initiative Team (2022, 28. November): Factsheet: Ednan Aslan, <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-ednan-aslan/> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Der Standard (2020): Operation Luxor: Verdächtige aus IGGÖ-Umfeld und Barfund von 25 Millionen Euro, 11. November. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000121611503/operation-luxor-verdaechtige-aus-iggoe-umfeld-und-einbarfund-von> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Gaigg, Vanessa/Marchart, Jan Michael (2020): Angeblicher Muslimbruder plant eine »ordentliche Schule« für Wien. In: Der Standard, 26. November. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000121994723/angeblicher-muslimbruder-plant-eine-ordentliche-schule-fuer-wien> (letzter Zugriff: 14.03.2023).

- Graber, Renate/Gaigg, Vanessa/Marchart, Jan Michael (2020): Ermittler wollen obersten Muslimbruder in Österreich ausgeforscht haben. In: Der Standard, 20. November. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000121834382/ermittler-wollen-obersten-muslimbruder-in-oesterreich-ausgeforscht-haben> (letzter Zugriff: 05.04.2023).
- Grüne (2020, 9. November): Grüne zur Operation Luxor: Extremismus mit Mitteln des Rechtsstaats entschlossen bekämpfen [Presseausendung]. https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20201109_OTSo116/gruene-zur-operation-luxor-extremismus-mit-mitteln-des-rechtsstaats-entschlossen-bekaempfen (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Grüne (2022, 16. Februar): Bürstmayr/El-Nagashi zu Verfassungsschutzbericht 2020: Fragwürdiger Fokus und lückenhafte Informationen [Presseausendung]. https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20220216_OTSo160/buerstmayrel-nagashi-zu-verfassungsschutzbericht-2020-fragwuerdiger-fokus-und-lueckenhafte-informationen (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Habich, Jochen (2020): Auch Wohnung in Klagenfurt bei Razzia durchsucht. In: Kleine Zeitung, 9. November. Online: https://www.kleinezeitung.at/kaernten/5894694/Muslimbruderschaft_Auch-Wohnung-in-Klagenfurt-bei-Razzia-durchsucht (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Hafez, Farid (2012): Jörg Haider and Islamophobia. In: Ansari, Humayun/Hafez, Farid (Hg.): *From the Far Right to the Mainstream Islamophobia, Party Politics and the Media*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 45–68.
- Hafez, Farid (2014): Shifting borders: Islamophobia as common ground for building pan-European right-wing unity. In: *Patterns of Prejudice* (48.5), 479–499.
- Hafez, Farid (2021): Zur »Verjudung« und »Islamisierung«: Antisemitismus und Islamophobie in der Ersten und Zweiten Republik Österreichs. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Band 29, 285–313.
- Hafez, Farid (2022): Islamophobia in Austria: National Report 2021. In: Bayraklı, Enes/Hafez, Farid (Hg.): *European Islamophobia Report 2021*, Wien: Leopold Weiss Institut, 75–102.
- Hafez, Farid (2023a): Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich als politische Akteurin. In: Hafez, Farid/Kneucker, Raoul/Zulehner, Paul (Hg.): *Religion, Politik, Kultur. Festschrift für Anas Schakfeh*, Wien/Köln: Böhlau Verlag, 103–118.
- Hafez, Farid (2023b): Tausch and political controversies in Austrian media: »Political Islam« in the Austrian Debate. In: Segell, Glen (Hg.): *Development, Globalization, Global Values, and Security. Essays in Honor of Arno Tausch*. Cham: Springer, 141–154.
- Hager, Johanna (2018): Imamin Ateş: »Als Christin würde ich protestieren«. In: *Kurier*, 6. März. Online: <https://kurier.at/politik/inland/imamin-ate-als-christin-wuerde-ich-protestieren/313.056.892> (letzter Zugriff: 14.03.2023).

- Harrer, Gudrun (2020): Lizenz zum Lügen? In: Der Standard, 7. November. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000121502539/lizenz-zum-luegen> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Heute (2020a): 30 Festnahmen bei Razzia gegen Muslimbruderschaft, 9. November. Online: <https://www.heute.at/s/grosseinsatz-gegen-muslimbruderschaft-100111478> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Heute (2020b): 25 Mio. Euro bei Muslimbruderschaft konfisziert, 11. November. Online: <https://www.heute.at/s/nach-razzia-ist-muslimbruderschaft-25-mio-euro-los-100111888> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Kaltenbrunner, Stefan (2020): Muslimbruderschaft-Razzia: Offenbar prominente Namen unter Verdächtigen. In: Puls24, 10. November. Online: <https://www.puls24.at/news/chronik/muslimbruderschaft-razzia-offenbar-prominente-name-n-unter-verdaechtigen/219047> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Kiyagan, Askin (2020a): Austria: Operations against Muslims causes backlash. In: Anadolu Agency, 11. November. Online: <https://www.aa.com.tr/en/europe/austria-operation-against-muslims-causes-backlash-/2039967> (letzter Zugriff: 15.03.2023).
- Kiyagan, Askin (2020b): Avusturya'da 'terör operasyonu' mağduru 12 yaşındaki Mustafa psikolojik destek almak zorunda kaldı («Opfer der österreichischen Terror-Operation: 12-jähriger Mustafa braucht psychologische Betreuung»). In: Anadolu Agency, 28. Dezember. Online: <https://www.aa.com.tr/tr/dunya/avusturya-da-teror-operasyonu-magduru-12-yasindaki-mustafa-psikolojik-destek-almak-zorunda-kaldi/2090878> (letzter Zugriff: 15.03.2020).
- Kiyagan, Askin/Ucar, Mehmet Nuri (2020): Avusturya'da orantısız polis şiddetine maruz kalan Filistinli ailenin 8 aylık bebekleri süttten kesildi («8 Monate altes Baby palästinensischer Familie verweigert nach unverhältnismäßiger Polizeigewalt, gestillt zu werden»). In: Anadolu Agency, 31. Dezember. Online: <https://www.aa.com.tr/tr/dunya/avusturyada-orantisiz-polis-siddetine-maruz-kalan-filistinli-ailenin-8-aylik-bebekleri-suttten-kesildi/2094466> (letzter Zugriff: 15.03.2020).
- Kleine Zeitung (2020): Mehr als 20 Mio. Euro bei Operation »Luxor« sichergestellt, 14. November. Online: https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5897586/Terrorfinanzierung_Mehr-als-20-Mio-Euro-bei-Operation-Luxor (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Knauer, Kevin (2019): »Wir müssen den Islam endlich reformieren!«. In: WELT, 15. Mai. Online: <https://www.welt.de/vermishtes/plus193475703/Ahmad-Mansour-Ramadan-Schulpflicht-ist-heiliger-als-Fasten.html> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Kocina, Erich (2020): Das diffuse Milieu der Muslimbrüder in Österreich. In: Die Presse, 9. November. Online: <https://www.diepresse.com/5894665/das-diffuse-milieu-der-muslimbrueder-in-oesterreich> (letzter Zugriff: 14.03.2023).

- Kronen Zeitung (2020): Polizei-Schlag gegen Terror: 60 Durchsuchungen, in Kronen Zeitung, 9. November. Online: <https://www.krone.at/2271562> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Loibnegger, Klaus/Krisper, Monika (2020): Terror-Millionen: Promi-Islamvertreter im Visier. In: Kronen Zeitung, 11. November. Online: <https://www.krone.at/2273974> (letzter Zugriff: 14.03.2023)
- Lorenz, Laurin/Müller, Walter/Scherndl, Gabriele (2020): Razzien bei der Muslimbruderschaft: Wie aus »Ramses« die Operation »Luxor« wurde. In: Der Standard, 9. November. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000121546906/50-razzien-gegen-strukturen-der-muslimbruderschaft-in-oesterreich> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Mansour, Ahmad (2020): Politischer Islam: Der Traum der falschen Toleranz muss vorbei sein. In: Der Standard, 11. Dezember. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000122393866/politischer-islam-der-traum-der-falschen-toleranz-muss-vorbei-sein> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Marchart, Jan Michael (2020): Razzia gegen angebliche Muslimbrüder: Eine schlimme Befürchtung. In: Der Standard, 20. November. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000121814868/razzia-gegen-angebliche-muslimbrueder-eine-schlimme-befuerchtung/20.11.2020> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Maurer, Manfred (2020a): »Missbrauchte Shoah«. In: Oberösterreichisches Volksblatt, 23. November. Online: <https://volksblatt.at/meinungen/missbrauchte-shoah-505501/> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Maurer, Manfred (2020b): Razzien bei Muslimbrüder-Promis. In: Oberösterreichisches Volksblatt, 11. November. Online: <https://volksblatt.at/politik/innenpolitik/razzien-bei-muslimbrueder-promis-499267/> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Maurer, Manfred (2023): »Nette Islamisten« Kommentar zum »legalistischen Islamismus«. In: Oberösterreichisches Volksblatt, 13. Jänner. Online: <https://volksblatt.at/meinungen/nette-islamisten-750362/> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Nehammer, Karl (2020, 9. November): Entscheidende Schlag gegen die Muslimbruderschaft und gegen die Hamas in Österreich. Tweet, posted by @karlnehammer, Twitter: <https://twitter.com/karlnehammer/status/132584485554183168> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Oe24 (2020a): Was ist die Muslimbruderschaft?, 9. November. Online: <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/wer-ist-die-muslimbruderschaft/453477739> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Oe24 (2020b): Terror-Razzien in 4 Bundesländern: 60 Wohnungen durchsucht, 9. November. Online: <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/terror-razzien-in-4-bundeslaendern-60-wohnungen-durchsucht/453464548> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Oe24 (2020c): »Operation Luxor«: Verdächtiger hielt Islam-Vorträge an Uni, 10. November. Online: <https://www.oe24.at/oesterreich/chronik/wien/terror-h>

- auptverdaechtiger-hielt-islam-vortrag-an-uni-graz/453619258 (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- orf.at (2020): »Luxor«: Hohe Vermögenswerte gesichert, 11. November. Online: <http://steiermark.orf.at/stories/3075474/> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Ortner, Christian (2020): Der islamische Fundamentalismus als Helfer des Terrors. In: Die Presse, 19. November. Online: <https://www.diepresse.com/5900010/der-islamische-fundamentalismus-als-helfer-des-terrors> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- ÖVP (2020, 9. November): VP-Generalsekretär Melchior: »Innenminister Nehammer geht entschieden gegen politischen Islam in Österreich vor!« [Presse-Aussendung]. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201109_OTSo094/vp-generalsekretar-melchior-innenminister-nehammer-geht-entschieden-gegen-politischen-islam-in-oesterreich-vor (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Pichler, Nikolaus/Seebacher, Verena (2020): 60 Razzien: Spur führt auch zu Uni Salzburg. In: Kronen Zeitung, 14. November. Online: <https://www.krone.at/2275686> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Puls24 (2020): 25 Millionen Euro bei Muslimbruderschaft-Razzia beschlagnahmt, 11. November. Online: <https://www.puls24.at/news/chronik/25-millionen-euro-bei-muslimbruderschaft-razzia-beschlagnahmt/219157> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Rauscher, Hans (2022): »Operation Luxor«: Entscheidender (Fehl-)Schlag. In: Der Standard, 20. September. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000139261364/operation-luxor-entscheidender-fehlschlag> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Reibenwein, Michaela (2020): Beschuldigte in Operation Luxor: »Habe nichts mit der Hamas zu tun«. In: Kurier, 17. November. Online: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/beschuldigte-in-operation-luxor-habe-nichts-mit-der-hamas-zu-tun/401100504> (letzter Zugriff 20.03.2023).
- Reisigl, Martin (2014): Argumentation analysis and the discourse-historical approach: A methodological framework. In: Hart, Christopher/Cap, Piotr (Hg.): Contemporary Critical Discourse Studies, London: Bloomsbury, 67–96.
- Reisigl, Martin/Wodak, Ruth (2015): The discourse-historical approach (DHA). In: Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hg.): Methods of Critical Discourse Studies, London/Thousand Oaks/New Delhi/Singapore: Sage Publishing, 23–61.
- Rohrer, Anneliese (2020): Windschatten-Politik Geht's noch vordergründiger? In: Die Presse, 13. November. Online: <https://www.diepresse.com/5897199/windschatten-politik-gehts-noch-vordergruendiger> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Rombold, Wilfried (2020a): Operation Ramses | Razzien gegen Muslimbruderschaft in der Steiermark und Kärnten. In: Kleine Zeitung, 9. November. (Link nicht mehr vorhanden)
- Rombold, Wilfried (2020b): Muslimbruderschaft ist seit Jahren im Visier der Verfassungsschützer. In: Kleine Zeitung, 9. November. Online: <https://www.kle>

- inezeitung.at/steiermark/5894645/Verbindungen-nach-Graz_Muslimbruderschaft-ist-seit-Jahren-im (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Rombold, Wilfried (2021): Triumphgeheil ist fehl am Platz. In: *Kleine Zeitung*, 5. August, 8.
- Rombold, Wilfried/Traar, Christina (2020): Lange geplante Razzien wurden wegen Terroranschlag verschoben. In: *Kleine Zeitung*, 9. November. Online: https://www.kleinezeitung.at/steiermark/5894573/Gegen-Muslimbruderschaft_Lange-geplante-Razzien-wurden-wegen (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Rombold, Wilfried/Winter-Pölsler, Gerald (2020): Wie Graz zum Zentrum des radikalen Islam wurde. In: *Kleine Zeitung*, 11. November. Online: https://www.kleinezeitung.at/steiermark/5895617/Nach-Razzia_Wie-Graz-zum-Zentrum-des-radikalen-Islam-wurde (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Salzburger Nachrichten (2020): Operation »Luxor«: Razzien bei Muslimbruderschaft – Millionenbeträge wurden sichergestellt, 9. November. Online: <https://www.sn.at/panorama/oesterreich/operation-luxor-razzien-bei-muslimbruderschaft-millionenbetragee-wurden-sichergestellt-95377003> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Schreiber, Dominik/Möchel, Kid (2020): Terror-Razzia: 70 Beschuldigte in vier Bundesländern, 9. November. Online: <https://kurier.at/chronik/wien/razzien-bei-muslimbruderschaft-60-wohnungen-durchsucht/401091099> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Schwarz, Karl-Peter (2020): Wer den »totalen Islam« will, hat in Österreich nichts verloren. In: *Die Presse*, 24. November. Online: <https://www.diepresse.com/5902284/wer-den-totalen-islam-will-hat-in-oesterreich-nichts-verloren> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Shooman, Yasemin (2014): »... weil ihre Kultur so ist«. Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript Verlag.
- Thalhammer, Anna (2020a): 60 Hausdurchsuchungen im Umfeld der Muslimbruderschaft. In: *Die Presse*, 9. November.
- Thalhammer, Anna (2020b): Hafez: »Bin Betroffener der Operation Luxor«. In: *Die Presse* (Samstags-Ausgabe), 28. November, 13.
- Thalhammer, Anna/Kocina, Erich/Seeh, Manfred (2020): Muslimbrüder-Razzia: Zwei Immobilienfirmen im Mittelpunkt. In: *Die Presse*, 11. November. Online: <https://www.diepresse.com/5895736/muslimbrueder-razzia-zwei-immobilienfirmen-im-mittelpunkt> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Winter-Pölsler, Gerald (2020): »Kein Geld aus Katar oder der Türkei«. In: *Kleine Zeitung*, 12. November. Online: <https://www.pressreader.com/austria/kleine-zeitung-steiermark/20201112/282153588808972> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Wodak, Ruth (2019): Diskursanalyse. In: Wagemann, Claudius/Goerres, Achim/Siewert, Markus (Hg.): *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*. Wiesba-

- den: Springer Fachmedien, 1–22. Online: https://doi.org/10.1007/978-3-658-16937-4_40-2 (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Zerbes, Ingeborg/Anderls, Herbert/Andrä, Hubertus/Merli, Franz/Pleischl, Werner (2021): Untersuchungskommission zum Terroranschlag vom 02.11.2020. Abschlussbericht, 10.02.201. Online: <https://www.bmi.gv.at/downloads/Endbericht.pdf> (letzter Zugriff: 20.03.2023).
- ZIB 1 (2020, 8. Dezember): Beschwerden gegen Razzien nach Terroranschlag. Youtube, uploaded by Islam in Austria, <https://www.youtube.com/watch?v=jTyV4Y9fT6k&t=8s> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- ZIB 2 (2023, 11. Jänner): Nehammer in ZIB2: »Das ist nicht zum Lachen« mit Martin Thür, 11. Januar. Youtube, uploaded by Lindon ESC, https://www.youtube.com/watch?v=xdfxB5_PytA (letzter Zugriff: 20.03.2023).
- Zimmermann, Maria/Stoiber, Gerald (2020): Ermittlungen gegen Muslimbruderschaft: Politologe der Universität Salzburg geriet ins Visier. In: Salzburger Nachrichten, 11. November. Online: <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/ermittlungen-gegen-muslimbruderschaft-politologe-der-universitaet-salzburg-geriet-ins-visier-95494396> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Zöchling, Christa (2020a): »Al-Jazeera berichtete«. In: profil, 22. November (48/2020). Online: <https://www.profil.at/oesterreich/islamwissenschaftler-kehrt-ueber-morddrohungen-und-den-politischen-islam/401398578> (letzter Zugriff: 14.03.2023).
- Zöchling, Christa (2020b): Allein gelassen. In: profil, 22. November (48/2020). Online: <https://www.profil.at/oesterreich/reform-islam-warum-liberale-muslims-in-europa-mit-polizeischutz-leben/401398563> (letzter Zugriff: 14.03.2023).

